

Die "Weißeritz-Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und wird am Spätnachmittag ausgegeben. Preis vierteljährlich einschließlich Zustages 2,85 M., zweimonatlich 1,90 M., einmonatlich 95 Pf. Einzel-Nummern 10 Pf. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger nehmen Bestellungen an.

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde.

Mit „Illustriertem Unterhaltungsblatt“.

Für die Aufnahme eines Inserats an bestimmter Stelle und an bestimmten Tagen wird keine Garantie übernommen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag von Carl Jehne in Dippoldiswalde.

July 1919 werden auf 20 Pf. solche aus unserer Amtshauptmannschaft mit 15 Pf. die Spaltzeile oder deren Raum berechnet. Bekanntmachungen auf der ersten Seite (nur von Behörden) die zweigespaltene Zeile 66 bez. 60 Pf. — Tabellarische und komplizierte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingekauft, in reaktionellen Zeilen, die Spaltenzeile 60 Pf.

Nr. 62

Sonnabend den 15 März 1919 abends

85. Jahrgang

Für die Bekanntmachungen aus dem Handelsregister und — außer bei kleineren Genossenschaften — aus dem Genossenschaftsregister ist bei dem unterzeichneten Gericht an die Stelle der Leipziger Zeitung die Sächsische Staatszeitung getreten. Zum Zwecke der Klarstellung wird dies besonders bekannt gegeben.

Dippoldiswalde, den 14. März 1919.

V Reg. 33/19.

Das Amtsgericht.

Auf Blatt 250 des Handelsregisters ist heute die offene Handelsgesellschaft Sächsische Nutzfasson-Fabrik in Wilmsdorf und weiter eingetragen worden, daß deren Gesellschafter der Kaufmann Sigmund Kohn in Dresden und der Hutmacher

Heinrich Max Mildner in Wilmsdorf sind und daß die Gesellschaft am 19. Januar 1919 begonnen hat.

1 A Reg. 29 a/19.

Amtsgericht Dippoldiswalde, am 11. März 1919.

## Holzanhufere.

52 rm weiße Rollen sind in nächster Zeit vom hiesigen Bahnhof nach dem Märlerschulhofs anzufahren. Preisangebote bis 18. d. M. bei dem Unterzeichneten eingureichen.

Dippoldiswalde.

Der städtische Forstinspekt. B. Siebold, Vorf.

## Weitere amtliche Bekanntmachungen stehen in der Beilage.

### Vereinsbank-Konturs Dippoldiswalde betreffend.

Dieser Kontur wurde am 4. Januar 1912 eröffnet und hatte seinerzeit unter der Bevölkerung der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde viel Unwillen erregt, da in der Hauptsache keine Leute (Sparer) durch den Zusammenbruch dieser Bank in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Konturverwaltung unter dem leider verstorbenen Konturverwalter Kommissionsrat Canzler hat sich die möglichst baldige Liquidierung des Konturs stets angelegen sein lassen, doch standen der Beendigung eines teils größerer Prozesse, die Gläubiger anstrengten, andererseits der unglückliche Krieg hindernd entgegen. Infolge des Krieges beanspruchten Kontokorrentschuldner sowie Genossen, die Haftsumme schuldeten, Gestattung, welche auch in weitestem Maße gewährt wurde, damit der Vereinsbank Kontur nicht noch die Ursache der Vernichtung verschiedener kleiner Existenzen wurde.

Die Prozesse sind in der Hauptsache erledigt. Die Ausschussmitglieder der Bank sind jeder nach seinem Vermögen regresspflichtig gemacht worden. Wegen der Ansprüche gegen den früheren Direktor Willkomm hoffte man eine Klärung durch die Hauptverhandlung, doch ist diese leider in unbestimmte Ferne gerückt. Willkomm ist in eine Geisteskrankheit verfallen und läßt sich gegenwärtig noch nicht absehen ob und wann einmal die Hauptverhandlung gegen ihn wird durchgeführt werden können.

Bis jetzt sind 28 % abschlägig auf die Forderungen der nicht vor-rechtigen Gläubiger verteilt worden und zwar 2 mal 10 %, 1 mal 5 % und 1 mal 3 %. Es wird noch mit einer Restquote von circa 6 % gerechnet, sodas die Gesamtquote circa 34 % betragen würde.

Die angemeldeten Forderungen betragen 6715796,04 Mark, wovon nur 1968454,45 Mark anerkannt worden sind.

Der für den Rest des Verfahrens als Verwalter ernannte Kaufmann Canzler hat es sich ebenso wie sein Vorgänger zur Pflicht gemacht, den Kontur noch möglichst in diesem Jahre zu beenden.

### Ministerpräsident Dr. Gradnauer.

(B.S.) Der von der heutigen Volkskammer zum Ministerpräsidenten gewählte Dr. phil. Georg Gradnauer ist am 16. November 1866 in Magdeburg geboren und evangelischer Konfession. Von 1876/85 besuchte er das Klosterschulhaus zu Magdeburg und studierte in den Jahren 1885/89 auf den Universitäten zu Göttingen, Marburg und Halle Geschichte und Philosophie. Hierauf genigte er in den Jahren 1889/90 seiner militärischen Dienstpflicht im 8. Infanterie-Regiment und wurde als Unteroffizier zur Landwehr übergeschieben. In den Jahren 1890/96 hellebete Dr. Gradnauer das Amt eines Redakteurs der Sächsischen Arbeiterzeitung in Dresden und während der Jahre 1897/1905 den gleichen Posten beim „Vorwärts“ in Berlin. Im Jahre 1906 wurde er Redakteur der Dresdner Volkszeitung. Ferner war Dr. Gradnauer in den Jahren 1898/1906 und vom Jahre 1912 ab Mitglied des Reichstages und gehörte als solcher der sozialdemokratischen Fraktion an. Von den von ihm veröffentlichten Schriften sind insbesondere folgende zu nennen: „Nirabens Gedanken, das Elend des Strafvollzugs, Verfassungswesen und Verfassungskämpfe. Bei Beginn der Revolution wurde er zunächst mit der Leitung des Ministeriums der Justiz und später mit der des Ministeriums des Innern und Reichern beauftragt.

### Derliche und Sächsische.

Dippoldiswalde. Am Freitag nachmittag waren

auf Einladung in der Zeitung gegen 70 Arbeitslose aus der Stadt und Umgegend im Schützenhause versammelt. Unter Leitung des Herrn Hermann Volgt referierte Herr Lehmann, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Ortsarbeitslosenvereine, über Arbeitslosenfragen und Gemeindeangelegenheiten. Nach kurzem Ueberblick über die Revolution und die wirtschaftlichen Verhältnisse erklärte Redner als eine der wichtigsten Fragen die der Arbeitslosenfrage. Darum habe die Reichsregierung auch die Unterstützung der Arbeitslosen angeordnet, zu denen das Reich, der Bundesstaat und die Gemeinde beizutragen haben, sodas den Arbeitslosen ein Existenzminimum gewährt werde. Er kam dann auf den Grad der Erwerbsunfähigkeit, bei dem Arbeitslosenunterstützung eintreten müsse, auf die Höhe der Unterstützung, auf Arbeitslosigkeit, auf die diesbezüglichen Verhältnisse in Dippoldiswalde zu sprechen, verwarf die sinnlosen, politischen Streits und schloß seine Ausführungen mit dem Bemerk: Die Sozialisierung kann nicht durchgeführt werden, wenn die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich dem Sozialismus, d. h. „gemeinschaftliche Arbeit im Interesse der Gesamtheit“ anzupassen. Auch zwei zur Verteilung gekommene Flugblätter forderten zur Arbeit auf. In der regen Aussprache, in der verschiedene Fragen gestellt und auch Beschwerten über angebliche Mißverhältnisse angebracht wurden, versicherte Herr Bürgermeister Dr. Hornig, das die von der Stadtverwaltung gewählte Fürsorgekommission alles tun werde, um berechtigten Wünschen der Arbeitslosen zu entsprechen. Es werde auch von der Stadt aus Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Alle Beschwerden über verwehrt man an die Herren Bürgermeister Dr. Hornig, Hermann Volgt und an die Stadtverordneten, die schon für Abhilfe sorgen wollten. Am Schluß wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die am 14. 3. im Schützenhause Dippoldiswalde tagende Arbeitslosenversammlung kann sich mit der Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung ab 1. April der unter Klasse D und E fallenden Sätze nicht einverstanden erklären. Sie steht auf dem Standpunkte, das der Staat Dippoldiswalde mindestens unter Klasse C zu stellen hat, da die Stadt Dippoldiswalde in aller nächster Nähe von Dresden liegt und die Lebensbedingungen genau so teuer sind wie in der Großstadt. Die Arbeitslosen müssen das fordern, um nur den dringendsten Lebensbedürfnissen gerecht zu werden.“

Die Nacht zu heute Sonnabend brachte uns noch eine geringe Auflage Schnee, hoffentlich aber der letzte für diesen Winter.

Der sächsische Reiseturntag findet in der Pfingstwoche in Riesa statt. Er wird sich besonders mit der Förderung der Leibesübungen beschäftigen. Auch soll das Grundgesetz der Freizeit entsprechend abgeändert werden.

Keine Verlegung des Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 12 nach Königsbrück. Auf Grund einer mündlichen Verhandlung mit dem Ministerium für Militärwesen wurde die Verlegung des Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 12 nach Königsbrück aufgehoben.

Die Umformierung der an der sächsisch-böhmischen Grenze stehenden drei Grenzerbataillone sowie der Grenzer-Abteilung Elbe in sechs Grenzerbataillone bedeutet nicht eine Verdoppelung der im Grenzschutz stehenden Truppen. Der Etat der neu zu formierenden Grenzerbataillone ist erheblich niedriger als der der bisherigen (bisher rund 1050 bis 1100 Mannschaften, jetzt dagegen nur rund 750 Mannschaften). Die Zahl der Führer und Unterführer im Vergleich zu den Mannschaften ist höher bemessen als bisher; deshalb ist eine bessere Beausichtigung der weit verteilten Grenzpostierungen möglich. Die Ge-

familiäre unserer im Grenzschutz stehenden Truppen wird um etwa ein Viertel erhöht. Dadurch wird es möglich, die an einzelnen Stellen allzu dünne polizeiliche Abperrung unserer Grenze gegenüber Schmuggel aller Art wenigstens an den dringlichsten Stellen zu verdrängen. Es wird ferner möglich sein, was bisher ausgeschlossen war, einzelne Kompanien zeitweise aus dem Grenzschutz zur Ausbildung zurückzuziehen.

Ueber „Hebung der Schafzucht in Sachsen“ wird Herr Bandestierzuchtinspektor Reg.-Rat Dr. Grundmann, Dresden, in der von der Oekonomischen Gesellschaft für Freitag den 21. März 1919, nachmittags 4 Uhr, in dem Hotel zu den „Drei Raben“ in Dresden, Marienstraße 20, oberer Saal, angelegten Gesellschaftsversammlung einen Vortrag halten, zu welchem Nichtmitglieder freien Zutritt haben und auch Damen willkommen sind.

Schmiedeberg. Am 7. März fand die 2. diesjährige Gemeinderatsitzung statt. Vor Eintritt in die Beratung wurde zunächst der neu eingetretene Gemeindevorsteher Herr Bahig vom Vorsitzenden verpflichtet und eingewiesen und darnach Kenntnis genommen von der Verpflichtung der Herren Schaller und Zscherne als Gemeindevorsteher durch die Amtshauptmannschaft. Hiernach werden Anträge des Bau- und Rechnungsausschusses über die Ausgestaltung der neuen Gemeindeamtsräume einstimmig genehmigt. Darnach soll von dem als Kassenzimmer vorgesehenen Räume noch ein Zimmer als Archiv abgetrennt werden. Die Malerarbeiten werden Herrn Herzig, die Ofenfejarbeiten Herrn Keger übertragen. Ueber notwendige Ausstattungsgegenstände sind Kostenschätzungen einzufordern. Zu endgültiger Vergebung der Arbeiten werden, um die Fertigstellung nunmehr zu beschleunigen, Bau- und Rechnungsausschuss ermächtigt. Mit besonderer Befriedigung nahm der Gemeinderat davon Kenntnis, das ein wesentlicher Teil der Ausstattung des zugleich als Ständesaal- und Sitzungszimmer der Ausschüsse dienenden Amtraumes des Gemeindevorstandes vom Eisenwerk gestiftet wird und ferner noch davon, das ein ungenannt sein wollender Herr 300 M. zu gleichem Zwecke zur Verfügung stellt. In dankbarer Anerkennung dieser Stiftungen bewilligt der Gemeinderat einstimmig weiter einen Betrag bis zu 2000 M. — In den Straßen und Schienenanlagen der Gemeinde machen sich umfangreiche Ausbesserungen nötig, da während des Krieges hieran nichts getan werden konnte. Zur Erledigung dieser Arbeiten soll ein Arbeiter eingestellt werden. Das der Gemeinde gehörige, an der Molschgrundstraße gelegene Feld- und Wiesenareal wird ab 1920 an den Rantzenzüchterverein verpachtet. Jahrmärkte beschließt der Gemeinderat wieder wie vor dem Kriege abzuhalten. Zu der erfolgten Veräußerung von 15 100 M. Kriegsanleihe zwecks Bezahlung von Waren wird Genehmigung erteilt. Vom Erlös sind Wertpapiere der Kreditbrieffanstalt sächs. Gemeinden anzukaufen. Mit ausschließlicher Genehmigung ist im Jahre 1911 für die Wasserwerkserweiterung vorübergehend vom Stammvermögen ein Darlehn von 25 000 M. aufgenommen worden. Das Darlehn ist bis auf 22 000 M. getilgt. In dieser Höhe soll nunmehr anderweit ein Darlehn aufgenommen werden und hierfür sind für das Stammvermögen Wertpapiere anzukaufen. Auf Antrag des Rechnungsausschusses wird beschlossen, die vom Staate festgestellten Grundätze über die Gewährung von Teuerungsbeihilfen an im Ruhestand befindliche Beamte oder an Hinterbliebene von Beamten auch für die Gemeindevorstände anzuwenden. Zu der erfolgten Wahl des Gemeindevorstandes Barthel als Vorsitzender des Schulvorstandes wird Genehmigung erteilt. Die Schulkassengehäufe werden

zunehmend der Gemeindefassenverwaltung angegliedert. Das Gesuch der Hebamme Brehlich um anderweitige Regelung ihrer Einkommensverhältnisse wird teilweise genehmigt. Vom Bezirks-Schornsteinfegermeister Hille ist bei der Amtshauptmannschaft um eine Erhöhung der Rehröhne um 20 Prozent nachgesucht worden. Der Gemeinderat erkennt den Anspruch als den Zeitverhältnissen entsprechend an. Eine längere Aussprache zeitigte die neue Geschäftsordnung für den Gemeinderat, die mit einigen Abänderungen in der vom Verfassungsausschuss beantragten Fassung einstimmig genehmigt wurde. Nach Annahme dieser Geschäftsordnung finden die Gemeinderatsitzungen künftig öffentlich statt. Zutritt zu den Sitzungen haben alle wahlberechtigten Einwohner. Durch Bekanntmachung des Gesamtministeriums vom 31. 12. 1918 sind bis Ende 1919 alle selbständigen Gutsbezirke mit einer benachbarten Gemeinde zu vereinigen. Ausgenommen hiervon sollen die in Reichs- oder Staatsbesitz befindlichen Gutsbezirke sein. Gegen diese Vorzugsstellung beschließt der Gemeinderat einstimmig vorstellig zu werden. Hierauf wurden noch einige weitere Angelegenheiten erledigt.

**Pirna.** Für den Bürgermeisterposten der Stadt Pirna sind vom Wahlausschuss der Stadtverordneten sechs Herren zur engeren Wahl vorgeschlagen. Die Wahl findet voraussichtlich am 25. März statt.

**Grüma.** Die an das Lebensmittelamt gerichtete Beschwerde der Gemeinden und Rittergüter, über die der Vorkerzweg verhängt worden ist, ist abgelehnt worden. Die Begründung verweist auf die ungenügende Ableserung, die zweifellos ihren Hauptgrund darin habe, daß viele ruhhalter Butter und Quark im Uebermaß selbst verbrauchen oder im Schleichhandel abgegeben hätten. Da die Schuldigen mit Sicherheit nicht festzustellen seien, habe man die ganze Gemeinde an den Vorkerzweg anschließen müssen. Das Ministerium sagt zum Schluß, daß es nicht in der Lage sei, den Kommunalverband Grüma zu einer Aenderung der getroffenen Anordnung zu veranlassen. Es gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß alle ruhhalter der betroffenen Gemeinden nunmehr unverzüglich die vorgeschriebene Milchablieferung beginnen, damit härtere Maßnahmen der Behörden und sonstige bedauerliche Folgen weiterer Weigerung vermieden werden.

**Chemnitz.** Wegen übermäßiger Preissteigerung wurde vom hiesigen Schöffengericht der Kaufmann Siegmund Goldschmidt in Wien zu 168 920 M. Geldstrafe oder einem Jahre Gefängnis verurteilt. Er erzielte für Strümpfe einen Preis, der den angemessenen Gewinn um 168 917 Mark überstieg.

**Burgstädt.** Die Automobil-Omnibus-Gesellschaft Mittelwelda-Burgstädt-Umbach, U. G., die während des Krieges ihre Auto-Omnibusse abließen und den Betrieb einstellen mußte, hat ihre Auflösung beschlossen.

**Hohnstein.** Als Notstandsarbeit ist diese Woche der Umbau der Wartenberg Straße, deren Verlegung schon seit etwa 80 Jahren angestrebt wurde, in Angriff genommen worden. Nach Fertigstellung der Arbeiten wird Hohnstein dadurch eine bequeme Verbindung nach Pirna und Dresden erhalten.

**Baunzen.** Die Stadtverordneten beschließen die Erteilung des wendischen Sprachunterrichts für die Schüler der Oberrealschule und der Handelsschule in Gemeinschaft mit dem wendischen Sprachunterricht am Gymnasium durchzuführen.

### Letzte Nachrichten.

#### Lebensmittel unter militärischer Ueberwachung.

**Bern.** Das Journal de Geneve meldet: Die Newyork-Times veröffentlicht eine Meldung ihres Berner Korrespondenten, in der dieser erklärt, aus autoritativer Quelle erfahren zu haben, daß die Alliierten unverzüglich Lebensmittel nach Deutschland schicken würden, die sie aber durch Truppen, die die Verteilung überwachen, begleiten lassen würden. Es würden britische und amerikanische Truppen nach Berlin und Hamburg kommen. Man glaubt, daß 10 000 Mann für Berlin und 5000 Matrosen für Hamburg genügen würden. Sie sollen verhindern, daß die Lebensmittel in die Hände der Spozialisten oder der Militärpartei fallen.

#### Ein Schweigestreck.

**Berlin.** Eine eigenartige Protestation gegen die Hungerblockade der Entente soll mit einer Versammlung in die Wege geleitet werden, die Sonntag im Zirkus Bask stattfindet. Sie wird von dem bekannten Direktor der Berliner Sternwarte, Archenhold, veranlaßt. Ein allgemeiner Schweigestreck soll ausgenommen werden, dem sich die Nationalversammlung, Presse usw. anschließen soll. Die Veranstaltung ist mit einer Ausstellung der Hungerpolitik für Wöchnerinnen verbunden.

#### Danzig den Polen.

**Wien.** Verächtlichen Mitteilungen zufolge vereinbart die Fehner-Kommission, Danzig und das Weichselbecken den Polen zu geben. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß man die Weichsel als endgültig betrachtet kann. Ferner wurde beschlossen, daß Dpreußen eine besondere Republik sein soll, deren Verbindung mit Deutschland in möglichst weiten Grenzen liegt. Es wurden auch Wünsche laut, daß Preußen von dem übrigen Deutschland vollständig abgespalten werde. Eine ähnliche Politik verfolge die Friedenskonferenz bezüglich der Rheinprovinz und Deutsch-Oesterreichs.

**Was wir von unseren Feinden zu erwarten haben,** geht deutlich aus einem Artikel des Pariser „Journal“

vom 10. März hervor, wo es heißt: „Die Deutschen wissen, daß sie ihre Handelsflotte, wenn sie sie ausliefern, nicht mehr wiedersehen werden.“

#### Das Schicksal der deutschen Kolonien.

**Basel.** Die Beratungen der Entente-Konferenz über das Schicksal der deutschen Kolonien und der deutschen Besitzungen in Asien sind soweit gediehen, daß Frankreich ganz Syrien, England Mesopotamien und Palästina sowie Ditschita definitiv erhält. Ferner bekommt Frankreich außer dem größten Teil von Kamerun auch Togo. Deutsch-Südwestafrika soll Südafrika zugeteilt werden. Die deutschen Kolonien im Stillen Ozean sollen in japanischen Besitz übergehen; Neuseeland erhält die Insel Samoa.

#### Die Fertigstellung des Friedensvertrages.

Nach einer Meldung des „Daily Mail“ ist in London eine Botschaft von Lloyd George eingetroffen, nach welcher der Friedensvertragsentwurf in einer Woche fertiggestellt sein soll. Er wird Wilson nach seiner Ankunft unterbreitet werden und, sobald dieser seine Genehmigung gegeben hat, den Deutschen zur Kenntnisnahme überreicht werden. Es soll Deutschland jedoch nicht gestattet sein, irgendwelche Veränderungen an dem Entwurf vorzunehmen.

#### München vor neuen Unruhen?

**München, 14. März.** Die Münchner Kommunisten haben am Mittwoch dem Zentralrat der Räte einen Beschluß zugestellt, der sich gegen die Einberufung des Landtags ausspricht und nochmals die Diktatur des bewaffneten Proletariats fordert. Der Beschluß enthält die Drohung, daß 8000 kommunistische Bewaffnete in München zur Durchführung der Forderung bereit stehen.

#### Die neue Karte Deutschlands.

**Rotterdam, 13. März.** Die „Daily Mail“ veröffentlicht eine Karte des zukünftigen Deutschland. Das ganze linke Rheintal ist nicht mehr deutsch, ebenso zwei Drittel von Schleswig-Holstein. Auch fehlt die Hälfte von Schlesien, der größte Teil von Posen und Westpreußen einschließlich Danzigs und ganz Ostpreußen.

#### Deutschlands Schäden

##### durch feindliche Fliegerangriffe.

**Berlin, 14. März.** Nach einer amtlichen Zusammenfassung haben die feindlichen Fliegerangriffe auf deutsches Gebiet in der Zeit von Anfang August 1914 bis zum 6. November 1918 für rund 23,5 Millionen M. Schaden verursacht. Bei den Angriffen wurden 729 Personen getötet und 1754 Personen verwundet.

#### Ferkelmarkt Dippoldiswalde vom 8. März.

Die 4 aufgetriebenen Ferkel wurden zum Preise von 90—160 M. das Stück verkauft.

#### Ferkelmarkt Dippoldiswalde vom 15. März.

Die 4 aufgetriebenen Ferkel wurden zum Preise von 120—170 M. pro Stück verkauft.

**Wahlen im Lande.** Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Weimar erstellten: Demokratische Partei 34 335, Deutschnationale Volkspartei 29 237, Sozialdemokratische Partei 61 733, Deutsche Volkspartei 6268, die Unabhängigen 14 963, das Zentrum 4411 Stimmen. Von den 42 Mandaten dürften den bürgerlichen Parteien die gute Hälfte zufallen. — In Weimaringen sind voraussichtlich gewählt: 13 Mehrheitssozialisten, 3 Demokraten, 3 Deutschnationale Volkspartei, zwei Bauernbündler und zwei Unabhängige. — In Waldeck: 5 Deutschnationale, 5 Mehrheitssozialisten, 3 Demokraten, 2 Mitglieder der Volkspartei und 2 des Volksbundes.

**Die Frankfurter Universität,** die s. Bt. nach langem Widerspruch des Staates aus Mitteln der Frankfurter Börse-Aristokratie begründet worden ist, beschäftigt sich jetzt mit der Frage, ob sich bei Uebernahme der in Straßburg frei gewordenen Lehrkräfte die Mittel für die Gründung einer theologischen Fakultät aufbringen lassen.

#### Wie wirds mit Helgoland?

Im englischen Unterhause erklärte der Sekretär der Admiralität, daß auf der Friedenskonferenz augenblicklich über die Zukunft Helgolands beraten werde. Helgoland in deutschen Händen verstärke Deutschlands Seemacht.

Früher ist bekanntlich viel davon die Rede gewesen, man wolle Helgoland in die Luft sprengen. Möglicherweise dieser Gedanke jetzt wieder zur Geltung kommen wird.

#### In den letzten Verhandlungen in Spa.

wurde zu dem Ersuchen der Alliierten, besondere Telegraphenlinien für die Entente von Berlin nach den besetzten Gebieten zu errichten, das grundsätzliche Einverständnis der deutschen Regierung unter zwei Voraussetzungen erklärt, nämlich: 1. Zusage der Gegenseitigkeit für die Zeit der Friedensverhandlungen, 2. Gewährung nur bis Friedensschluß.

Bezüglich des von den Franzosen abgesetzten Oberbürgermeisters von Mainz war deutscherseits um Aufklärung gebeten worden. Die Auskunft lautet dahin, daß Oberbürgermeister Gottelmann nicht mehr das Vertrauen der französischen Militärbehörden genossen hat und ihm daher der Abgang nahe gelegt worden war. Eine sachliche Aufklärung über die Gründe der Maßregelung wurde nicht gegeben.

General Rubant überreichte eine Note, wonach die französische Armee Instruktion über die Heimführung des deutschen Sanitätspersonals, namentlich auch der aktiven Sanitätsoffiziere und Geistlichen, erhalten hat.

#### Schaufen der Bolschewisten entrisen.

Im weiteren Vordringen wurde den Bolschewisten der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Schauen, an dem die Bahnen Rixit-Mitau und Libau-Danaburg sich treffen, unter heftigen Kämpfen entrisen. Nördlich davon wurde Szagurren an der litauisch-litauischen Grenze genommen.

## Die Nationalversammlung.

27. Sitzung, Donnerstag, den 13. März 1919, Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min.

Reichswehrminister Noske: Ich kann Ihnen mitteilen, daß der Zustand in Berlin niedergeschlagen ist. (Beifall.) Die Säuberungsaktion ist nur noch in einzelnen Bezirken vorzunehmen. Es muß versucht werden, die Entwaffnung soweit wie nur irgend möglich durchzuführen. Daß es in Berlin zu dem wichtigsten Kampf, zu Mord und Plünderung kam, ist zum weitaus größten Teil auf das Schuldkonto einiger Blätter zu legen, voran die „Rote Fahne“ und die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen. (Großer Lärm und Rufe bei den U. Soz.: Unverschämte Lüge! Schamlose Verleumdung! Unverschämter Watsch! — Der Präsident Fehrenbach ruft den Abg. Haase wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Watschlang haben diese Organe die Berliner Bevölkerung in strepelloser Weise aufgeweicht.

(Erneuter Lärm bei den U. Soz.) Die große Masse der Berliner Arbeiter sind selbstverständlich anständige Menschen, aber able Elemente sind in der Großstadt in Menge vorhanden. Und wer früher nicht daran gedacht hat, der muß es seit den Novembertagen 1918 wissen, daß die Revolutionstage von Verbrechern dazu ausgenutzt werden, um auf Mord und Plünderungen auszugehen. Der Minister gibt dann einen Ueberblick über die Reihenfolge der Ereignisse und fährt fort: Die Volksmarine Division, die so unendliche Nähe in Berlin gemacht hat, besteht nicht mehr. (Stürmischer Beifall.) Am Donnerstagabend war das ganze Viertel des Alexanderplatzes fest in unserer Hand. Mehrere unsichere Depots der Soldatenwehr wurden entwaffnet. Am Freitag habe ich befohlen, daß noch weitere Depots zu entwaffnen sind. Es werden nur noch 6500 Mann in der Republikantischen Soldatenwehr verbleiben.

Ich gedenke tief erschüttert der Männer, die in diesen Schredentagen ihr Leben ließen. Manche stellten Schüssen zum Opfer, Grausen aber packt jeden Menschen angesichts

#### der tierischen Bestialität,

mit der gemordet wurde. Velder sind die Opfer recht zahlreich. Es ist über Lichtenberg und andere Viertel gesagt worden, es sei geschwindelt worden. Die Zahl der Opfer ist erfreulicherweise geringer, als zuerst gemeldet war. Was aber gewiesen ist, ist noch immer grauig genug. Es steht fest, daß in diesen Berliner Schredentagen Bestien in Menschengestalt sich angesetzt haben. (Große Bewegung. Abg. Hiez ruft: Amokläufer! Anderer Ruf bei den U. Soz.: Rufe vor allen Dingen!) (Präsident Fehrenbach ruft die Abg. Frau Hiez zur Ordnung. Rufe rechts: Ruhe! Ruhe! Ruhe! Ruhe!) (Abg. Haase (fortfahrend): Fast eine ganze Woche lang habe ich verhandelt, um mit der Gewalt zu zögern. Daß Lichtenberg fast kamplos von unseren Truppen besetzt ist, dazu hat beträchtlich der Erlaß beigetragen, den ich schweren Herzens am 9. März abends gezeichnet habe: „Jede Person, die mit den Waffen in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfen angetroffen wird, ist sofort zu erschießen.“ (Weißer Beifall rechts.) In höchster Not habe ich mich zu dieser Anordnung entschlossen. (Rufe rechts: Bedarf keiner Entschuldigung!) Aber ich dürfte

die Abschichtung von einzelnen Soldaten nicht weiter dauern lassen. Ich mußte dieser Bestialität Einhalt tun durch die Androhung der äußersten Schredmittel. (Sehr richtig! rechts.) Sollte ich das nicht getan und dadurch eine Kontrolle geschaffen, daß erst die Offiziere zusammenzutreten sollten, um darüber zu entscheiden, ob eine Erschießung stattfinden sollte, dann waren die Truppen nicht mehr

in der Hand zu halten, das hätte noch mehr Blut geflossen als so. Im Organ des Berliner Volksrats schreibt am Dienstag vor acht Tagen das Mitglied der Unabhängigen Däumig: Unsere russischen Genossen haben in ihren revolutionären Kämpfen kurzen Prozeß mit den Plünderern und sonstigen unläuterer Elementen gemacht. (Abg. Haase, U. Soz.: richtig!) Hier wird also von den Unabhängigen selbst darauf hingewiesen, daß die russischen Revolutionäre kurzerhand niedergeschossen werden. Ich habe den Versuch gemacht, acht Tage in Berlin mit dem Belagerungszustand und den Kriegsgerichten auszukommen. (Unruhe bei den U. Soz.) Was aber das Recht der Revolution in Russland war, das werde ich mir als Recht der Revolution nicht freitig machen lassen, wenn das Schicksal unseres Landes auf dem Spiele steht. (Beifall.) Die Ansicht der Juristen über die rechtliche Zulässigkeit meiner Verordnung — (Abg. Haase: Kann nicht zweifelhaft sein! Unruhe bei der Mehrheit.) Ich lasse mich auf juristische Fäusteleien nicht ein. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Wenn in den Straßen Berlins Tausende von Menschen die Waffen gegen die Regierung führen, wenn Plünderer und Mörder Orgien feiern, dann besteht ein Zustand außerhalb jedes Rechtes, und die Staatsnotwendigkeit gebot mir, so zu handeln, daß so rasch wie möglich Ruhe und Sicherheit wiederhergestellt wird. (Beifall bei der Mehrheit.) Wägen die Rasenden, die das Reich jetzt zerföhren, wieder zur Vernunft kommen, damit ein normaler Rechtszustand bald wieder eintreten kann. Je früher ich die furchtbare Würde meines Amtes in Berlin loswerden kann, um so lieber würde es mir sein. (Unruhe bei den U. Soz.) Was geschah, verantwortete ich vor dem Staate, dem Lande und dem Volke. (Unruhe bei den U. Soz.) Ich scheue das Urteil der Nation nicht. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit; anhaltendes Wischen bei den U. Soz.; erneuter Beifall bei der Mehrheit.)

Der Besetzungsurteil, der den Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln

in dritte angenommen Eingang in Not gerwerbe. Damit ist hierauf folgende wird von ten eine auf eine

bedeckung ist. (Hört leit an d ten wird. m. die u sjen, nich heutigen daß jede schluf gee aterlande sichts der der Reid Die Reil bereitung sch keiner den das a und ein einhei koster E

in zweifolgt über dAbg. Dr. hat die waren hier hassen alrichtigAbg. Strae besor dere hätte des Gef eine eingude von Beses im 1 Uhr

hohlebeDie Natio vorlä ihren St Die Verk egefeß Abg. Hen ausung Surrogate Es g es ab. (Mehrheit.) Abg. Dite ihre V mus der nen ande an b. d. Gefes, w n: Frecht Abg. Co s als ein ng. Herr Partakille er Beifal urse link rechts) ken Spar rechts.) s Gefes un rechts. Abg. Wet unannehn mission e den für Reichswirt den Die Bestt erung sel Beise im Regierung ang durch Nach ein 1 und 3 der die von 50 teile des Abg. Zue tsantrag sich ge

Der Antr die Entsd In sofort Gefes die Stin teiles der Das in dritte angenomm Eingang in Not gerwerbe. Damit ist hierauf folgende wird von ten eine auf eine

bedeckung ist. (Hört leit an d ten wird. m. die u sjen, nich heutigen daß jede schluf gee aterlande sichts der der Reid Die Reil bereitung sch keiner den das a und ein einhei koster E

ng.  
1919.  
ung um  
en mit  
eschlagen  
ur noch  
versucht  
nd mög-  
m wahn-  
kam, ist  
nto etw.  
ne" und  
i. (Gro-  
erschämte  
ter We-  
den Abg.  
g.) We-  
ölkering  
ge Waffe  
ständig  
r Groß-  
her nicht  
vember-  
ge  
en.  
über die  
ie Volks-  
ter Berlin  
er We-  
ge Bier-  
d. Weh-  
den end-  
das nach  
den nur  
soldaten-  
die in  
nache ste-  
kt jeden  
e Opfer  
andere  
worden.  
geringer  
eigen ist,  
dass in  
renschon-  
ng. Abg.  
den U.  
rechts.)  
Die Berg-  
arbeiter  
wollen sehen.  
s Gesetz  
ist eine Tat.  
(Abh. Weisfall links.  
— rechts.  
— Verstärkter Weisfall links.)  
Abg. Weisfall (Deutschl.): s Gesetz ist für  
unannehmbar. Die Sachverständigen haben der  
mission einmütig erklärt, dass das Gesetz ver-  
wendet für das ganze Wirtschaftsleben sein wird.  
Reichswirtschaftsminister Wiffell: Wir denken nicht  
an den Kleinhandel für Kohle zu befreien.  
Die Befreiung der Preise wird nicht durch die  
erung selbst erfolgen, sondern unter Regelung  
Preise im Sinne des Gesetzes ist gemeint, dass  
Regierung Grundzüge über die Art der Preis-  
ung durch die Syndikate usw. aufstellt.  
Nach einigen persönlichen Bemerkungen werden  
1 und 2 unverändert angenommen, ebenso  
der die Zusammenfassung des Sachverständigen-  
von 50 Mitgliedern bestimmt, sowie die über-  
teile des Gesetzes.  
Abg. Zuehl (U. Soz.) begründet einen Abän-  
gsantrag zu der eingebrachten Resolution und  
er sich gegen die Politik der Gewerkschaften im  
e.  
Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt  
die Entschließung des Ausschusses angenommen.  
In sofortiger dritter Lesung wird das  
Gesetz über die Kohlenwirtschaft  
die Stimmen der Unabhängigen und des größ-  
telles der Rechten angenommen.  
Das  
Sozialisierungsgesetz  
in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rech-  
angenommen.  
Eingegangen ist eine Interpellation des Jen-  
s über Schutzmaßnahmen für den durch den  
in Not geratenen Mittelstand und für das  
Gewerbe.  
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.  
Hierauf gibt der Ministerpräsident Scheide-  
folgende Erklärung ab: Pressenachrichten zu-  
wird von französischer Seite in den besetzten  
en eine überaus rege Propaganda betrieben,  
auf eine  
Befreiung rheinischer Gebietsteile vom Reich  
heit. (Hört! hört!) Wir wissen, dass diese Werbe-  
heit an der Treue der Bevölkerung zum Reich  
ern wird. (Sehr wahr!) Trotzdem sind die Ge-  
n, die unserem Lande aus diesen Bestrebungen  
schen, nicht zu verkennen. (Sehr richtig!) Nach  
heutigen Stande der Dinge sind wir der An-  
dass jede staatsrechtliche Umgestaltung vor Frie-  
schluss geeignet ist, die nationale Einheit unse-  
r Vaterlandes zu bedrohen. (Allseitige Zustimmung.)  
Wichts der gespannten Sachlage habe ich im Na-  
der Reichsregierung zu erklären:  
Die Reichsregierung sieht in jedem Versuch der  
Befreiung links- und rechtsrheinischer Lande einen  
ch keinen Vorwand zu beschönigenden Vorstößen  
den das allgemein anerkannte Nationalitätenprin-  
und eine unerhörte Vergewaltigung des  
einheitlich fühlenden deutschen Volkes.  
Abh. Weisfall.) Die Regierung weiß sich darth

zurück die Reichsbank verbotener, wird in der  
Besetzung angenommen.  
**Das Sozialisierungsgesetz**  
in zweiter Lesung in der Kommissionsfassung  
folgt die zweite Beratung des Gesetzent-  
werf über die Regelung der  
**Kohlenwirtschaft.**  
Abg. Dr. Wieland (Dem.): Grundlegende Bedeu-  
hat die Zusammenfassung des Reichskohlen-  
waren die Verbraucher etwas zu kurz gekom-  
Hier hat der Ausschuss Besserung geschaffen.  
lassen alle Reichsstellen in dem Reichskohlenrat  
sichtigt werden.  
Abg. Graf v. Posadowsky (D. natl.): Wir haben  
ein Mittelgesetz eines Mantelgesetzes vor uns.  
säre besondere Sorgfalt am Platze gewesen. Ins-  
bere hätte man erwarten dürfen, dass ein so weit-  
ndes Gesetz nicht vorgelegt worden wäre, ohne  
eine eingehende Enquete vorausgegangen wäre,  
ende von selbständigen Existenzen werden durch  
Gesetz zu Agenten des Staates herabgedrückt.  
Am 1 Uhr wird die Beratung bis um 2 Uhr aus-  
schließen.  
**Kohlenverstaatlichung und das Sozialisierungsgesetz**  
angenommen.  
Die Nationalversammlung hat ihre Arbeiten in  
vorläufig abgebrochen. Die Reichsregierung  
ihren Sitz wieder nach Berlin verlegt.  
Die Verhandlungen über das Kohlenverstaatli-  
gesetz wurden zeitweilig noch etwas lebhafter.  
Abg. Heule (U. Soz.) betonte, dass das Gesetz eine  
Auslösung für die Massen sei. Das Gesetz erhält  
Surrogate von dem, was die Arbeiter gefordert  
h. Es gibt ihnen Steine statt Brot. Wir leh-  
en ab. (Weisfall bei den U. Soz. — Bischofen bei  
Mehrheit.)  
Abg. Osterroth (Soz.): Die Unabhängigen haben  
ihre Anträge gezeigt, dass sie den Klassen-  
mus der Unternehmer durch  
den anderen Klassenegoismus ersetzen wollen.  
en b. d. U. Soz.) Die Unabhängigen sind gegen  
Gesetz, weil es die Arbeiter beruhigt. (Abg.  
n: Frechheit! Vizepräsident Haußmann ruft  
Abg. Cohn zur Ordnung.) Wir betrachten das  
als eine Etappe auf dem Wege zur Verstaat-  
g. Herr Voegler, Sie sind die wahren Väter  
Spartakisten. (Lauter Widerspruch rechts. — Stär-  
ker Weisfall links. — Rufe rechts: Unerbört! —  
rufe links.) Die gelben Gewerkschaften, die Sie  
rechts) großgehoppelt haben, stellen jetzt die  
sten Spartakisten. (Abh. Zustimmung links. —  
rechts.) Die Bergarbeiter wollen Taten sehen.  
s Gesetz ist eine Tat. (Abh. Weisfall links. —  
rechts. — Verstärkter Weisfall links.)  
Abg. Weisfall (Deutschl.): s Gesetz ist für  
unannehmbar. Die Sachverständigen haben der  
mission einmütig erklärt, dass das Gesetz ver-  
wendet für das ganze Wirtschaftsleben sein wird.  
Reichswirtschaftsminister Wiffell: Wir denken nicht  
an den Kleinhandel für Kohle zu befreien.  
Die Befreiung der Preise wird nicht durch die  
erung selbst erfolgen, sondern unter Regelung  
Preise im Sinne des Gesetzes ist gemeint, dass  
Regierung Grundzüge über die Art der Preis-  
ung durch die Syndikate usw. aufstellt.  
Nach einigen persönlichen Bemerkungen werden  
1 und 2 unverändert angenommen, ebenso  
der die Zusammenfassung des Sachverständigen-  
von 50 Mitgliedern bestimmt, sowie die über-  
teile des Gesetzes.  
Abg. Zuehl (U. Soz.) begründet einen Abän-  
gsantrag zu der eingebrachten Resolution und  
er sich gegen die Politik der Gewerkschaften im  
e.  
Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt  
die Entschließung des Ausschusses angenommen.  
In sofortiger dritter Lesung wird das  
Gesetz über die Kohlenwirtschaft  
die Stimmen der Unabhängigen und des größ-  
telles der Rechten angenommen.  
Das  
Sozialisierungsgesetz  
in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rech-  
angenommen.  
Eingegangen ist eine Interpellation des Jen-  
s über Schutzmaßnahmen für den durch den  
in Not geratenen Mittelstand und für das  
Gewerbe.  
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.  
Hierauf gibt der Ministerpräsident Scheide-  
folgende Erklärung ab: Pressenachrichten zu-  
wird von französischer Seite in den besetzten  
en eine überaus rege Propaganda betrieben,  
auf eine  
Befreiung rheinischer Gebietsteile vom Reich  
heit. (Hört! hört!) Wir wissen, dass diese Werbe-  
heit an der Treue der Bevölkerung zum Reich  
ern wird. (Sehr wahr!) Trotzdem sind die Ge-  
n, die unserem Lande aus diesen Bestrebungen  
schen, nicht zu verkennen. (Sehr richtig!) Nach  
heutigen Stande der Dinge sind wir der An-  
dass jede staatsrechtliche Umgestaltung vor Frie-  
schluss geeignet ist, die nationale Einheit unse-  
r Vaterlandes zu bedrohen. (Allseitige Zustimmung.)  
Wichts der gespannten Sachlage habe ich im Na-  
der Reichsregierung zu erklären:  
Die Reichsregierung sieht in jedem Versuch der  
Befreiung links- und rechtsrheinischer Lande einen  
ch keinen Vorwand zu beschönigenden Vorstößen  
den das allgemein anerkannte Nationalitätenprin-  
und eine unerhörte Vergewaltigung des  
einheitlich fühlenden deutschen Volkes.  
Abh. Weisfall.) Die Regierung weiß sich darth

völlig einig mit der heiligen Ueberzeugung der  
gesamten links- und rechtsrheinischen Bevölkerung.  
die nichts gemein haben will mit den eigennütigen  
Bestrebungen einzelner interessierter Personen. (All-  
seitige Zustimmung.)  
**Die rheinische Bevölkerung ist deutsch und wird  
deutsch bleiben.**  
(Stürmischer Beifall.) Die Regelung des Verhält-  
nisses der rheinischen Lande zum Reich ist eine  
rein innerdeutsche Angelegenheit. (Sehr richtig!) Die  
Reichsregierung und die Nationalversammlung wid-  
men ihr die ernsteste Beachtung. Eine endgültige  
Lösung kann erst nach Friedensschluss und nur  
auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen. (Abh. all-  
seitiger Beifall.)  
Es ist eine Entschließung der Abgg. Loewe, Groe-  
ber, Bayer, Graf Posadowsky, Dr. Heinke und Haase  
eingegangen:  
Die Nationalversammlung stimmt der Erklä-  
rung der Reichsregierung zu und ersucht die Reichs-  
regierung, diese Erklärung allgemein bekannt zu  
machen.  
Diese Entschließung wird einstimmig angenom-  
men. (Abh. allseitiger Beifall.)  
**Präsident Fehrenbach:** Wir sind damit am  
Ende unserer Arbeit angelangt. Wenn draußen hier-  
und da Stimmen laut geworden sind, die National-  
versammlung rede zu viel, so kann einem ja  
manchmal dieses Gefühl antommen. (Sehr richtig.) Aber  
wir haben in den letzten Wochen doch der Redelust  
Zügel angelegt, und wenn das in Zukunft noch mehr  
geschieht, so wäre das freudig zu begrüßen. (Zus-  
timmung.)  
Nächste Sitzung Dienstag, 25. März, 3 Uhr. —  
Im Bedarfsfalle wird eine frühere Einberufung er-  
folgen.

**Friedens-Besprechungen.**  
**Die Vollmachten für die Unterhändler.**  
Für die deutschen Vertreter auf der Pariser  
Konferenz ist eine bestimmte Marschroute festgelegt  
worden, andererseits hat die Regierung ihr aber  
doch eine gewisse Bewegungsfreiheit gelassen. In  
allen grundsätzlichen Entscheidungen von einem ge-  
wissen Ausmaß hat allein die Reichsregierung zu  
beschließen. Ein besonderes Berliner Büro der Frie-  
denkommission ist nicht vorgesehen.  
**Auf dem Boden der 14 Punkte.**  
Im Saale des Reichsschatzamtens fand eine stark  
besuchte Besprechung über die von Deutschland bei  
den kommenden Friedensverhandlungen zu verfolgenden  
Ziele sowie über die Arbeitseinteilung bei den  
Beratungen über die Forderungen der Gegner statt.  
Graf Bernstorff führte aus, dass uns nach den  
bisher vorliegenden Pressenachrichten in acht bis vier-  
zehn Tagen der Entwurf für einen Präliminarfrie-  
den vorgelegt werden würde, der uns voraussichtlich  
vor die folgenschwersten Entscheidungen stellen werde.  
Die Kolonialfragen, Arbeiterfragen u. a. würden  
wahrscheinlich erst beim Hauptfrieden zur Verhand-  
lung kommen. Graf Bernstorff teilte mit, dass das  
die Territorialfragen betreffende Material fertiggestellt  
sei und für diese Fragen Sachverständige bestellt wä-  
ren. Allgemein betonte der Botschafter, dass die  
Reichsregierung strikt auf dem Standpunkt stehe, dass  
für die kommenden Friedensverhandlungen lediglich  
die sowohl von Deutschland als auch von seinen  
Gegnern angenommenen 14 Punkte des Präsidenten  
Wilson sowie die in seinen vorjährigen Kundge-  
bungen aufgestellten Grundzüge einer gerechten Frie-  
densregelung die Richtschnur zu bilden haben würden.

**Danzig polnisch?!**  
**Wachsende Erregung im Osten.**  
Ein Berliner Blatt verbreitet eine Meldung aus  
Bern, nach der Westpreußen mit Danzig, die  
Provinz Posen und Oberschlesien von der Entente  
den Polen zugesprochen sein soll. Die ganze  
Nachricht hat als Quelle einen Funkpruch der Bun-  
denskammer Lyon. Sie ist zurückzuführen auf die Tätig-  
keit des polnischen Nationalkomitees in Paris.  
Wie der freien Vereinigung zum Schutze Ober-  
schlesiens von Berliner zuständigen polnischer  
Stelle mitgeteilt wird, soll von der ganzen Nachricht  
auch nicht ein Wort wahr sein. Eine Entscheidung  
über die deutschen Ostlande könne nur in Gegenwart  
des Präsidenten Wilson erfolgen, der aber in Paris  
noch nicht eingetroffen ist.  
In Verbindung mit dieser Nachricht steht wohl  
die große  
**Erregung in Danzig.**  
In der Angelegenheit der Landung polni-  
scher Truppen in Danzig trifft bereits in den  
nächsten Tagen in Danzig eine polnisch-französische  
Kommission aus Warschau ein, um die Vorberhand-  
lungen zu führen und die Danziger Hafen- und  
Transportverhältnisse zu studieren.  
Gleichzeitig ging an den Reichsminister Herrn  
Erzberger folgendes Schreiben:  
Die unterzeichneten Danziger Abgeordneten er-  
suchen die Reichsregierung, sofort alle Schritte zu tun,  
um die drohende Polengefahr (Landung polnischer  
Truppen Besetzung der Stadt und Bahnlinie Danzig-  
Ehren) von Danzig abzuwenden.  
Dr. Kaethe Schirmacher (Deutschnat. Volksp.). Katha-  
rina Kloth (Deutschdemokrat. Volksp.), Julius Wehl  
(Sozialdemokrat), Walter Red (Sozialdemokrat), Weis-  
haußen (Deutschdemokratische Partei), Giskauf (Deutsch-  
demokrat. Partei), Schämmler (Christl. demokr. Partei).

**Der Eroberungswahn hat die Völker erfasst.**  
Die italienische Delegation hat der Friedens-  
konferenz ein Memorandum eingereicht, worin die  
italienischen territorialen Forderungen auf-  
genommen sind. Italien beansprucht nicht mehr und  
nicht weniger als das ganze Gebiet der oberen  
Etsch, das Küstenland Istrien und einen Teil von  
Dalmatien und Trentino. Das Memorandum sagt,  
dass allein der Besitz der Julischen Alpen die östliche  
Pforte von Italien schützen könne, und erklärt, dass  
Görz, Triest, Pola, Fiume und eine Anzahl von  
Städten und Dörfern an der Küste des Adriatischen  
Meeres und dem inneren Land ohne Zweifel italia-  
nisch seien. Um aller Gefahr zuvorzukommen, müsse  
an Italien ein rechtmäßiger Anteil von Dalmatien  
gegeben werden.  
**Keine polnische Besetzung Danzigs.**  
Die angekündigten polnischen Truppen wer-  
den vorübergehend in dem in der Nähe von Dan-  
zig gelegenen, jetzt leerstehenden Gefangenenlager un-  
tergebracht werden und dann später nach ihrem pol-  
nischen Bestimmungsort abgehen.  
Eine Besetzung von Danzig ist somit nicht in  
Aussicht genommen.

**Auch das noch!**  
**Die Besetzung des Rheinuferes durch schwarze Truppen.**  
Wie das „Petit Journal“ meldet, fand kürzlich  
zwischen Clemenceau, General Mangin und Diague,  
dem Deputierten des Senegal, eine Konferenz statt,  
die sich mit der Frage der Entlassung der schwarzen  
Truppen vor der Beendigung der Pariser Konferenz  
beschäftigte. Eine Entscheidung über die Zahl der  
unter Waffen zu haltenden schwarzen Formationen  
wurde jedoch nicht getroffen. Es scheint aber fest-  
zustehen, dass im Frühjahr die Besetzung des  
Rheinuferes durch schwarze Truppen erfolgen wird.  
**Im Elsaß regt sich's.**  
Nach der „Telegraphen-Union“ macht sich im  
Obersten Rat in Straßburg eine lebhafteste Opposition  
gegen die Angliederung der elsässischen Bahnen an  
die französische Ostbahn geltend. Der Oberste Rat hat  
die Entfernung aller Altdeutschen aus der Verwaltung  
des Landes beschlossen.

**Politische Rundschau.**  
**Eine neue Hecke zum Generalstreik.**  
Von zuverlässigen Seiten wird berichtet, dass ge-  
genwärtig in der arbeitenden Bevölkerung Berlins  
eine rege Propagandatätigkeit für einen neuen Ge-  
neralstreik entfaltet wird. In unzähligen Flugblät-  
tern, Ansprachen auf den Straßen usw. wird mitge-  
teilt, dass spätestens am 25. dieses Monats der neue  
Generalstreik beginnen werde. Unter Hülfsnahme  
der bekannten radikalen Agitationsphrasen werde be-  
tont, dass diesmal „gründliche Arbeit“ verrichtet wer-  
den soll. Werner werde sich der Generalstreik nicht  
nur auf Berlin beschränken, sondern sich auf das  
ganze Reich erstrecken.  
**Ankunft der deutschen Unterhändler in Brüssel.**  
Die drei Unterkommissionen für Lebensmittel-,  
Schiffahrts- und Finanzabkommen sind am 12. März,  
abends 8 Uhr, in Brüssel angekommen. Die Mit-  
glieder der Kommissionen wurden am Bahnsteig von  
etwa 10 belgischen Militärautos abgeholt, mit mili-  
tärlichen Chauffeuren aber ohne militärische Beglei-  
tung. Die Ankunft am Bahnhof erfolgte in Gegenwart  
eines zahlreichen Publikums unter lautloser Stille.  
Ein Zwischenfall ist nicht eingetreten. Sämtliche Mit-  
glieder der Kommissionen sind im Hotel Victoria sehr  
gut untergebracht. Freiheit des Telegraphierens, of-  
fen und chiffriert, des Telephonierens und der persö-  
nlichen Bewegung ist gesichert.  
In der Nacht noch fand von 11 bis 1 Uhr  
eine interne eingehende Besprechung zwischen sämt-  
lichen Kommissionsmitgliedern statt unter Vorsitz von  
Unterstaatssekretär von Braun.

**Kein Truppenabzug aus Düsseldorf.**  
Der Reichswehrminister Roske hat der Abordnung  
der unabhängigen Sozialdemokraten, die in Weimar bei  
der Regierung wegen Zurückziehung des Militärs aus  
Düsseldorf vorstellig wurde, mitgeteilt, dass die Regie-  
rung vorläufig gar nicht daran denke, die Truppen  
von Düsseldorf fortzunehmen.  
**Die Entente gegen den Arbeiterschutz.**  
Diesenjenigen, die von den „demokratischen“ Re-  
gierungen der Weststaaten eine Erfüllung sozialer  
Wünsche erwartet haben, werden von Tag zu Tag  
stärker enttäuscht. Deutscherseits war vor einiger Zeit  
beanstandet worden, dass die belgischen Befehls-  
haber in Aresfeld einige im Reichsgesetzblatt ver-  
öffentlichte Verordnungen, die sich auf Bergbau-  
angelegenheiten für Arbeiter und Angestellte bezogen  
(Verordnung über Einstellung, Entlassung, Entlöh-  
nung gewerblicher Arbeiter vom 4. Januar 1919; Ver-  
ordnung vom 23. Dezember 1918; Verordnung über  
Bergbau vom 18. Januar 1919) aufgehoben haben.  
Die Belgier erklärten in der Sollsitzung vom 12. 2.  
in Spa, dass sie auf Grund der Haager Landkriegs-  
ordnungen dieses Recht für sich in Anspruch nehmen.  
Die besetzende Behörde sei nur verpflichtet, die bereits  
bestehenden Befehle anzuwenden, nicht aber spätere,  
nach der Besetzung erlassene Die Belgier wiesen dar-  
auf hin, dass sie noch andere ähnliche Verordnungen  
erlassen haben, u. a. haben sie jede Gründung  
gewerkschaftlicher Art für Eisenbahn- und  
Schiffahrtsangestellte verboten.  
Gerade in Belgien ist immer über die grenzen-  
los schlechte Lage der Arbeiter gellagt worden. Die  
Entente gibt den Belgiern offenbar das Recht, auch  
in die bereits bestehenden Rechte der deutschen Ar-  
beiter anzugreifen.

# Zentralverband der Forst-, Land- u. Weinbergs-Arbeiter Deutschlands.

Auf Grund des Abkommens mit den Arbeitgeber-Verbänden vom November 1918 zu Verhandlungen in allen Lohn- und Rechtsfragen als gleichberechtigt anerkannt, vertritt der Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands nachdrücklich die Interessen seiner Mitglieder in allen Fragen gegen die Organisation der Arbeitgeberverbände der Land- und Forstwirtschaft. Aber nur durch gemeinsame Arbeit und festen Zusammenschluß aller Berufskollegen kann dies Ziel erreicht werden. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin gehört in den Verband. Man wende sich wegen Auskunft an den

**Befamtsverband der christlich-nationalen Gewerkschaften Deutschlands,**  
Sekretariat für Sachsen in Dresden-N., Dammweg 4, oder an den Bezirksleiter,  
Sekretär Haupt in Frauenstein (Ergeb.)

## Sächsisches.

**Kohlewein.** Das hiesige Gaswerk hat infolge ungenügender Kohleneingänge Gasperstunden von nachmittags 1 bis 6 Uhr eingeführt.

**Stolpen.** Ein neues Glockengeläut an Stelle des während des Krieges beschlagnahmten wird unsere Stadtkirche erhalten. Die Glocken, die ein Gewicht von 3300 Kilo haben, werden zu Palmstamm das erste Mal der Kirchengemeinde ihren ehernen Gruß anbieten.

## Sprechsaal.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)  
Damit unser Herr Pfarrer wisse, wie wir Reichstädter über seine Zeitungsschreiber denken, wollen wir nicht verfehlen, den beiden Antworten, sowohl der Dippoldiswalder Beiratschaft als auch der letzteren von unbekannter Seite, unsere volle Zustimmung zu zollen. Wir meinen, der Herr Pfarrer sollte sich die ganze Sache zur Debatte sein lassen, trotzdem es ihm aufnehmend sehr wohl ist. Glückliche Reichstädter.

**Weitere Vergnügungsanzeigen**  
siehe Beilage!

## Ein Polsterlehnstuhl,

gebrannt, wird zu kauf. gesucht. F. Berndt, Reichstädt 35b.

**W**er von meinem Zaune den **Kudschak** mitgenommen, der möchte ihn wiederbringen, sonst! — **Rittschel.**

**Mädchen oder Junge**  
14—16 Jahre, sucht in Landwirtschaft  
**Reinhardtstr. 67.**

**Ostermädchen,**  
welches zu Hause schlafen kann, zum Hausarb. gesucht.  
Zu erf. in d. Geschäftsst. d. Bl.

**Kleines Landhaus**  
mit Obst- und Gemüsegarten, möglichst etwas Feld, zu kaufen **gesucht.**  
Bitte Off. an **Rudolf Nowak,**  
Dresden, Annenstraße 46.

Mehrere **neue Nähmaschinen**  
preiswert zu verkaufen.  
**Jilner,** Nähmaschinenhandlung, **Schmiedeborg 58**

**5000 Dosen Schuhcreme**  
(prima Ware) sowie **Zigarren,**  
reinen Salanta, gibt an **Wiederverkäufer** ab  
**Bruno Henker,**  
Höfendorf.

**ff. helles Zentrifugenöl**  
**ff. Motoröl**  
wieder **Friedensware**  
helle und dunkle **Wagenfette,** ff. **Lederfette,** reine **Vaselinfette,** **Kupfervitriol** usw. zu sehr billigen Preisen verkauft **Max Sohenk,** Dresden-A., **Zöllner-Platz 5,** Fernsprecher **18 157.**

4 Stück hochtragende **Ziegen**  
verkauft **Flemming,**  
Ruppendorf, Telefon 123.

**Ein Stamm gute Begehühner**  
und eine 3 jährige, frischmelende oder hochtragende **Ziege**  
lofortz. kauf. gesucht. Angeb. m. Preis erb. an **Hauswald,** Dresden-N. **Leinigtstr. 75, II.**

Eine hochtragende **Zug- und Zuchtstube**  
zu verkaufen  
**Höfendorf Nr. 33.**

**Müßrige Bezirksvertreter**  
in Delen, Fetten, technischen Bedarfs-Artikeln etc. werden gegen Provision gesucht. Nur von Herren, welche nachweisbar bei der Industrie gut eingeführt und Erfolg gewährleisten, werden ausführl. Angebote erbeten unter **C. 373 an Hansenstein & Bogler, Dresden.**

**Bekanntmachung**  
Nachdem die Ergebnisse der diesjährigen Einschätzung zur Einkommen- und Ergänzungsteuer den Beitragspflichtigen bekannt gemacht worden sind, werden gemäß § 46 Abs. 3 des Einkommensteuer-Ges. vom 24. Juli 1900 und § 28 Abs. 2 des Ergänzungsteuer-Gesetzes vom 2. Juli 1902 alle Personen, die hier ihre Steuerpflicht zu erfüllen haben, denen aber die Steuerzettel nicht haben behändigt werden können, aufgefordert, sich wegen Mitteilung der Einschätzungsergebnisse bei der hiesigen Ortssteuereinnahme zu melden. **Falkenhain und Dönschten, den 15. März 1919.**  
**Die Gemeindevorstände.**

**Bezugscheine für Lederschuhwerk betr.**  
Wiesbach herrscht unter dem tausenden Publikum die Meinung, daß Lederschuhwerk jetzt ohne Bezugscheine geliefert werden kann oder auch der Bezugschein nachträglich gebracht werden darf.  
Beides ist auch heute noch gesetzlich unzulässig, wozu hiermit erneut hingewiesen wird.  
Wir bitten unsere werthe Kundschaft hiervon Kenntnis nehmen zu wollen.  
**Die Schuhmacher-Zunft zu Dippoldiswalde.**

**Sächs. 4proz. Staatsanleihe von 1919**  
auslosbar mit 100% ab 1920  
wird vom 15. März bis 5. April d. J. zum Kurse von **93 1/2 %**  
zur Zeichnung aufgelegt.  
Zeichnungen nehmen wir entgegen. Einzelheiten sind an unserer Kasse zu erfahren.

**Chemnitzer Bank-Verein**  
Zweigstelle **Dippoldiswalde.**

**Naumann-Nähmaschinen**  
empfehle als fachmännischer Vertreter.  
**Reparaturen aller Systeme.**  
**Max Holzhöfer, Mechaniker.**  
**Gasthof Niederfrauendorf** bei Dippoldiswalde.  
Neue Bewirtung. — Gute Verpflegung. — Pension und Wohnung — Geköhlte Höfentee. — Bei Fr. **Wilhelm**  
**Merzen eine Beilage**

Suche 2. 1/4. ordentliches, sauberes **Mädchen,**  
nicht unter 18 Jahren, in Privat-Haushalt. Hoß Lohn u. gute Kost wird zugesichert. Vorzuzustellen mit Buch bei **Fr. W. Treede, Dresden-N., Pfaffenstraße 53, II.**

Junges Mädchen od. Frau als **Aufwartung,**  
1—2 Stunden täglich vorm. für sofort gesucht.  
**Bahnhofstraße 251 c, II. I.**  
Ein ordentliches, fleißiges **Stuben- und Haus-Mädchen,**  
nicht unter 18 Jahren, zum 15. April gesucht.  
**Villa Lydia, Bärenfels.**

**Wo** lernt man leicht, grazids und mit **tanzen??**

**Schützenhaus Dippoldiswalde**  
Wir beginnen am Montag den 24. März, Damen von 8 bis 9 Uhr, Herren von 9 bis 10 Uhr abends. Um weitere Anmeldungen wird noch höflichst gebeten.  
**Tanzlehr. Institut Alshner und Frau, Dresden.**

**Kanarienvogelzüchterverein Dippoldiswalde**  
Sonntag den 16. d. Mts. nachm. **Bersammlung**  
im „**Cambrinus**“. D. B.

# Bürger, Arbeiter, Soldaten, Frauen und Mädchen aller Parteien,

süßt Ihr, wie die junge Republik in allen Fugen zittert, hört und lest Ihr nicht täglich von Gewalttätigkeiten einer kleinen Minderheit, die nach der Diktatur strebt?

## Was tut Ihr?

Wollt Ihr warten, bis es zu spät ist?  
Nicht Macht und Gewalt können Euch vor dem Terror auf die Dauer schützen!  
**Scharfe Waffen des Geistes müssen geschmiedet werden!**

Best unsere Broschüren, kommt zu uns.  
Jeder, der seine Kräfte unserem Kulturwerk leiht, schützt die Heimat, seine Familie, seine Rindeskinder.  
**Liga zum Schutze der deutschen Kultur,**  
Deutschergruppe Dresden,  
Böttchergasse 23. Telefon 20802.

# Reichskrone.

Morgen Sonntag  
**große Ballmusik.**

wozu höflichst einladet **Adolf Mittag.**

## Gasthof Hirschbach.

Morgen Sonntag  
**Tanzmusik,**

wozu ergebenst einladet **Boje.**

## Gasthof Ruppendorf

Sonntag den 16. März

## Damen-Ball,

wozu ergebenst einladen **die Damen.**

## Gasthof zum Erbgericht Höfendorf.

Sonntag den 16. März von 4 Uhr an

## Damenkränzchen.

## Gasthof Oberfrauendorf.

Sonntag den 16. März

## Öffentliches Festvergnügen,

Anfang 6 Uhr, **der Vorstand.**

## Allgem. Hausbesitzerverein zu Dippoldiswalde

Donnerstag den 20. März 1919 abends 8 Uhr

im Hotel „Stadt Dresden“

## Generalversammlung.

Tagungsordnung: Jahresbericht, Kassenbericht, Wahlen, Festsetzung des Jahresbeitrages bezw. Eintrittsgeldes, Anträge (diese sind bis 18/3. 19 beim Vor. einzureichen). Anschließend 7/9 Uhr Vortrag des Herrn Dr. Galle, Dresden über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Haus- und Grundstücksbesitzer, zu welchem alle Haus- und Grundstücksbesitzer eingeladen werden.  
Um zahlreiches Erscheinen bittet  
**Der Gesamtvorstand,**  
**Friedrich Reichel, Vor.**



## Todesanzeige.

Hierdurch die schmerzliche Mitteilung, daß unser herzenguter Bruder, Schwager und Onkel, Res

# Arno Geißler

an einer im Felde zugezogenen schweren Erkrankung in einem Lazarett sanft entschlafen ist. Um stilles Beileid bitten  
**Beerwalde, den 14 März 1919.**

## Die trauernden Geschwister.

Die Beerdigung findet den 16. März nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause aus statt

## Ämtliche Bekanntmachungen.

Nachdem der durch den Krieg hervorgerufene Mangel an Tierärzten wieder behoben ist, treten die durch die Verordnung vom 25. August 1914 (Dresdner Journal Nr. 201 und Leipziger Zeitung Nr. 202) vorübergehend außer Kraft gebliebenen Beschränkungen der Zuständigkeit der nichttierärztlichen Fleischbeschauer (Verordnungen vom 10. Juli 1906 — GVB. S. 228 —, vom 14. Februar 1910 — GVB. S. 33 — und vom 27. Dezember 1913 — GVB. 1914 S. 4 —) wieder in Wirksamkeit.

Hierbei wird unter Bezugnahme auf die Verordnungen vom 6. März 1918 (179 II V) und vom 30. Januar 1919 (104 V V) erneut darauf hingewiesen, daß nach § 8 des sächsischen Gesetzes vom 1. Juni 1898 (GVB. S. 209) die Ausführung der Schlachtvieh- und Fleischschau durch die Tierärzte die Regel bildet und daß nach § 4a der schon erwähnten Verordnung vom 27. Dezember 1913 (GVB. 1914 S. 4) in Gemeinden mit Schlachthauszwang oder mehr als 10 000 Einwohnern die Schlachtvieh- und Fleischschau nur durch Tierärzte ausgeführt werden darf.

Diese Verordnung, die sofort in Kraft tritt, haben die Anstellungsbehörden allen Tierärzten und nichttierärztlichen Fleischbeschauern zur Kenntnisnahme und Nachachtung vorzulegen.

Dresden, den 10. März 1919.

Wirtschaftsministerium.

## Roß- und Viehmarkt in Dippoldiswalde.

Donnerstag den 27. März 1919.  
Stadttrat Dippoldiswalde.

## Sparkasse zu Dippoldiswalde.

Einlegerguthaben 12 000 000 Mark.

Geschäftszeit:

Werktags 1/29—12 und 2—4 Uhr,  
Sonnabends ununterbrochen 1/29 bis 2 Uhr,  
sowie jeden letzten Sonntag im Monat 1/22—1/24 Uhr.  
Tägliche Verzinsung nach jährlich 3 1/2 v. H.

Alle Einlagen werden vom Tage nach der Einzahlung bis zum Tage vor der Rückzahlung verzinst.

## Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Gemeindeverbands Giro-Konto Nr. 20 — Postkass.-Konto Leipzig Nr. 29 785  
Fernsprech-Anschluß Nr. 100.

## Die Gemeinde-Verb.-Sparkasse Schmiedeberg

ist Montags bis Freitags vormittags 8—1 und nachmittags 3—5 Uhr,  
an Sonnabenden von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geöffnet.  
Die Einlagen werden vom Tage nach der Einzahlung bis zum Tage vor der Rückzahlung verzinst.

Verwaltung mündelicher Wertpapiere.

## Künstliche Zähne

Plombieren, Zahnziehen mit örtlicher Betäubung. Zugelassen bei sämtlichen Orts- und Landkranken-Kassen und der Königlichen Landes-Versicherungsanstalt.

### Emil Schwarz

Dentist, Dippoldiswalde. Älteste Praxis.

## Umarbeitete Hüte

erbittet wegen rechtzeitiger Fertigstellung jetzt zu überbringen ::

### Putz-Geschäft

## Carl Marschner

:: :: Tel. 127 :: ::

## G. Franz Weidner,

H. Schmidts Nachf.,

## Dippoldiswalde, Riebertor-

straße 296b,

## Kunstschlosserei, Bau- und Installations-Geschäft

empfehlen sich zur Anfertigung von Tor- und Grabgeländern, Blühabstellern, Licht-, Gas- und Wasseranlagen. Bau und Reparatur aller landwirtschaftlichen und Werkzeugschleppmaschinen sofort und billig.

Ein gebrauchter

## Westfalia-Düngerstreuer

und eine gebrauchte

## doppelte Riegelwalze,

beide gut vo gerichtet, gibt preiswert ab

## Maschinenfabrik Dippoldiswalde.

G. Thorning.

## Arbeiter

für sofort gesucht.

Pappenfabrik und Asbestwerk  
Dippoldiswalde.

## Geübte Strohhutnäherinnen

auf große Posten und Umarbeitehüte in und außer dem Hause für sofort gesucht.

## Jentzsch & Knebel, G. m. b. H.,

Stroh- und Filzfabrik,

Schmiedeberg-Niederpöbel (Bez. Dresden).

## Kreissägen

zum Quer- und Langholzsägen baut und empfiehlt  
Fiala Markt 27. Maschinenfabrik Dippoldiswalde. E. Thorning.  
Tel. 111. Tel. 121.

Zur Frühjahrspflanzung

Obstbäume,  
Beerenobst,  
Erdbeerpflanzen,  
Hochstämmige, niedrige  
und Kletterrosen,  
Bier- und Straßen-  
Bäume,  
Bier- u. Deck-Sträucher,  
Koniferen  
und perennierende  
Stauden

empfehlen in nur guter Beschaffenheit die Baumschule u. Landschaftsgärtnerei von

## Kurt Schurig,

Seifen bei Dippoldiswalde.

### Fensterleder,

### Parfettwachs,

### Lederfett,

### Wagenfett

empfehlen Max Arnold,

an der Post.

### Schlacht-

### pferde



kauft  
Herrn. Scharfe. Tel. 80.  
Im Hofstall sof. zur Stelle.  
Nachmittags vorhanden!

### Kaufe

### Schlacht-

### pferde



## B. Lieber,

## Rohschlachtere

Dippoldiswalde, Friedhofstraße 237, Telefon 97.  
Bin bereit, bei Kranken

Pferden zu wachen.  
Bei Rohschlachtungen bin ich mit Transportwagen schnell

zur Stelle.  
Empfehle mich als  
Pferdeschere.

## Ausgefämmtes

## Haar kauft,

## Zöpfe werden

## angefärbt

Friseur Engelmann,  
Schmiedeberg.

### Sprechsaal.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Auf die „Richtigstellung“ der Lehrerschaft der Bürgerschule Dippoldiswalde in Nr. 60 möchte ich, um etwa bestehende Irrtümer zu beseitigen und etwa noch entstehenden vorzubeugen, nur folgendes erwidern:

1. Meine Bemerkungen bezogen sich auf die „Einheitschule“ im allgemeinen — man kann eben über diese recht verschieden denken —, bezogen sich also nicht auf die neuen Einrichtungen in Dippoldiswalde — unter der Voraussetzung, daß die „Einheitschule“ berechtigt ist, sind diese als richtig und aberaus wertvoll zu begründen —, bezogen sich noch weniger auf die Lehrerschaft — es wäre ja für mich ganz unbillig und unbegründet, zudem auch ge-

fährlich, irgendwie einen „Ramp“ mit dieser herauszuführen —, bezogen sich am allerwenigsten auf den verehrten Stadtrat, zumal dieser doch nur ein Gesetz zur Ausführung bringt.

2. Meine Vorwürfe und Einwendungen gegen die Einheitschule bestehen vollkommen zu Recht. In Zukunft ist eben doch das eigentliche Bestimmungsrecht über die Zukunft des einzelnen Kindes mehr oder weniger den Eltern entzogen und dem Lehrer bezw. der Lehrerschaft übertragen. Ich bezweifle aber sehr stark, ob diese Neuordnung der Natur und dem Willen des Schöpfers entspricht, und ob alle Eltern sich derartige Eingriffe in ihre Rechte und Pflichten gefallen lassen dürfen und müssen.

3. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen darf ein Kind aus Reichstädt nicht mehr die Schule in Dippoldiswalde besuchen. Es geht eben hier wie in vielen Dingen bei der „Neuorientierung“: das Land wird noch viel mehr benachteiligt vor der Stadt, als es bisher der Fall war.

4. Die „Einheitschule“ ist eine Begleiterscheinung der Revolution. Sie durchzuführen steht auf der gleichen Linie wie all das „Demokratisieren“ und „Sozialisieren“ unserer Tage. Als Gedankengebilde ist sie unüberwindlich — genau wie alle Demokratisierung und Sozialisierung. Für die Theorie gibt es im Blick auf die Erziehung der Jugend nichts Besseres und Richtigeres als die Einheitschule. Darum begeistern sich so viele Männer der Wissenschaft für sie. Aber in der Wirklichkeit des Lebens wird sie zur größten Ungerechtigkeit und zur höchsten Gefahr — genau wie das allgemeine Wahlrecht. Folgerichtig durchgeführte bedeutet sie eine ungeheure innere Belastung für Kinder (ich erinnere nur an die schroffe Trennung von schwach, normal, gutbegabt) und Eltern (Gewissenszwang), eine Äußere für Gemeinde und Staat, zerreißt sie die natürlichen Bande der Familie, entzwei sie — genau wie die Revolution und die republikanische Staatsverfassung die Volksschichten, anstatt sie zu einen, brüdt sie den allgemeinen Bildungsgrad beträchtlich herunter, nimmt sie — und das ist hier auch das Wichtigste — unserm Volk die höchsten und tiefsten sittlichen Kräfte und bringt sie das junge Christenvolk um seinen evangelischen Glauben — weil in ihr kein Raum für evangelischen Religionsunterricht, wie mit vollem Recht die Sozialdemokratie sagt und fordert. — Ich betone: folgerichtig durchgeführt!

Man kann und wird doch nicht am Anfang stehen bleiben. — Verständlich ist noch alledem, warum die Sozialdemokratie die „Einheitschule“ mit aller Macht erstrebt und mit aller Gewalt nur mit launichster Beschleunigung durchführt. — Gemüt, Herz und Seele unserer Kinder und unseres Volkes werden unermesslichen Schaden erleiden. — Die Einführung der „Einheitschule“ ist ein überaus gefährlicher Versuch. Unsere Zeit aber ist viel, viel zu ernst zu allem Experimentieren. — Manchen Eltern dafür die Augen zu öffnen, war Sinn und Zweck meiner Bemerkungen in Nr. 58 dieser Zeitung. Sie waren für einfache Leser bestimmt. Derart erklärt sich auch die Äußere Form derselben. — Ich möchte wirklich nur wünschen und hoffen, daß meine Beschränkungen sich nicht erfüllen. In 10 Jahren wird man darüber schon entscheiden können. Aber nach meiner seltenen Ueberzeugung — als eines evangelisch lutherischen Deutschen — werden sie sich erfüllen. — Im übrigen verweise ich auf die Reden in der Nationalversammlung vom 11. März und erinnere andererseits an die Taten der Jungendlichen in Berlin, Halle usw. in den letzten Wochen. — Wer heilt einmal den angerichteten Schaden? Herz, Pfarrer.

## Das Ende der Kultusdebatte.

Die Nachmittags-Sitzung der Nationalversammlung am Dienstag setzte die Besprechung der Interpellation über die

### Eingriffe in den Religions-Unterricht

fort.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben. (Sehr richtig! bei den Dem.) Wir sind nicht mit Hoffmanns Erlaß einverstanden, daß der Kirche seine Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden sollten. Gewissenszwang läßt sich auch bei dem Religionsunterricht aus der Schule entfernen. Viele Eltern würden genötigt sein, ihre Kinder in religiöse Privatschulen zu schicken. Der größte Teil der deutschen Lehrerschaft glaubt, daß der Religionsunterricht ein wesentliches Stück des Volksschulunterrichts bleiben muß. (Hört, hört! rechts und im Zentr.) Wir haben nur noch unsere Kinder und unsere Zukunft, darum müssen wir der Erziehung und Bildung der Jugend erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. (Beif. Beifall bei den Dem., rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Köhler (Dnl.) erklärt, die Regierung habe sich zur Interpellation durchaus ungenügend geäußert. Redner verbreitet sich über die Maßnahmen in Sachsen, wo man den christlichen Geist aus der Schule hinauswerfen wolle. Als Pfarrer könne er nur sagen, daß das Religiöse für die weitesten Volksschichten noch immer das Heiligste und Teuerste sei, das anzutasten niemand sich unterfangen sollte. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Kuntze (D. Sp.) bemerkt, es sei in der Tat eine ganz eigenartige Erscheinung, daß ausgerechnet der Kolonialminister diese Interpellation beantworten mußte. Das sei fast so, als ob es sich um religiöse Angelegenheiten irgend eines Stammes da drüben in Afrika handele. Was der Redner der Demokratischen Partei gesagt habe, könne er fast Wort für Wort unterschreiben, zumal da er selber als Lehrer 35 Jahre lang Religionsunterricht erteilt habe. (Beifall rechts.)

Ministerpräsident Seidemann: Es ist ein Irrtum, zu vermuten, die Regierung nehme nicht das größte Interesse an diesen Verhandlungen. Erst gestern Abend ist beschlossen worden, heute diese Debatte zu beginnen. Wir haben nicht im geringsten daran gedacht, Obstruktion zu machen. Wenn Sie alle diese Fragen zur Zuständigkeit der Reichsregierung machen wollen, dann finden Sie meine volle Zustimmung. Aber wenn Sie uns in die Verfassung hinein diese Rechte geben wollen, dann wird der Ausgang dieser Debatte ein ganz anderer sein, als die Herren Interessenten sich vorgestellt haben. (Sehr richtig links.)

Abg. Frau Bick (U. Sp.) nimmt Adolf Hoffmann in Schutz gegen den Vorwurf, daß er das Andenken seiner Mutter besudelt habe. Die Forderung des Religionsunterrichts nur für die Volksschule, aber nicht für die höheren Schulen, entspreche dem Hohenzollernwort: „Dem Volke muß die Religion erhalten werden.“ (Wachen rechts und im Zentrum.) Ich weiß nicht, was Ihr Vagen soll. Ich will nicht das Sprichwort zitieren, wenn man am Vagen erkennt. Wir stellen der Religion die große herrliche Weltanschauung des Sozialismus entgegen. (Präsident Fehrenbach bittet schließlich die Rednerin, sich nicht in allgemeinen religionsphilosophischen Betrachtungen zu ergehen, sondern beim Gegenstand der Interpellation zu bleiben, worauf laute Zurufe bei den Unabhängigen erfolgen: Alle Redner habe es ebenso gemacht. Weiterhin wird die Rednerin häufig von lärmenden Zurufen der Rechten und des Zentrums unterbrochen, was der Präsident rügt.)

Damit schloß die Besprechung.

### Mittwochs-Tagung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung am 3. März um 10 Minuten.

Zur zweiten Beratung steht der Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes.

§ 1 lautet in seinem ersten Absatz nach den Beschlüssen der Kommission: Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die städtische Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. Die Worte „unbeschadet seiner persönlichen Freiheit“ sind von der Kommission neu eingefügt worden. Nach § 2, der gemeinsam mit § 1 beraten wird, ist das Reich befugt, im Weg der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung 1. geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen in gemeinwirtschaftlicher Überführung und 2. im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln. Die Entschädigungspflicht, die durch besondere Reichsgesetze geregelt werden soll, ist von der Kommission neu eingefügt worden, ebenso die Bestimmung, daß die gemeinwirtschaftliche Regelung der Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter nur „im Falle dringenden Bedürfnisses“ durch das Reich erfolgen kann.

## Aussprache über Sozialisierung.

Die zweite Beratung des Entwurfs eines Sozialisierungsgesetzes nahm die Mittwochssitzung der Nationalversammlung völlig in Anspruch.

Abg. Voegler (D. Sp.): Ich stelle fest, daß in der Kommission einstimmig die Meinung vertreten worden ist, daß Gemeinwirtschaft und Bergesellschaftung gleich Kommunismus ist. Es geht nicht allein um die Kohle. Der Bureaucratismusprozeß läuft weiter, wir wollen eine revolutionäre Entwicklung, was aber in den augenblicklichen Vorlagen erstrebt wird, ist eine revolutionäre Entwicklung, für die wir die Verantwortung ablehnen. (Beifall rechts.) Wenn jetzt die Sozialisierung des Kohlenbergbaues verwirklicht wird, so werden wir, der Bergmannsgruß „Glickaus!“ wird bleiben, aber mit dem Bergbau wird es glücklicher sein. (Beif. Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wais (Dem.): Das vorliegende Gesetz ist nur ein Rahmengesetz. Schon deshalb werden die verhängnisvollen Folgen, die der Redner befürchtete, sich nicht aus ihm ergeben. Von einer revolutionären Entwicklung kann nicht gesprochen werden, wir werden rechtzeitig abzustoppen wissen. Gewiß sind für unsere Haltung politische Gründe maßgebend. Wir machen nicht nur Gesetze, sondern wir machen Politik und erhoffen von dem vorliegenden Gesetz eine verherrlichende Wirkung.

Abg. Seibt (Deutschnat.): Das Gesetz verweigert die Zwangswirtschaft.

Es gibt der Regierung einen Unierschlüssel, der der Sozialisierung alle Türen öffnet. Die bezweckte Verschmächtigung der unruhigen Elemente wird nicht erreicht werden. Man könnte auf den Gedanken kommen, daß die jetzigen Machthaber glauben, ihre Herrschaft werde nicht lange dauern und sie müßten deshalb recht viel vom Erfurter Programm in die Scheuern bringen. (Unruhe bei den Soz.)

Abg. Burckhardt (Zentr.): Gegen § 1 haben wir keine Bedenken mehr. Zu § 2 hält meine Partei daran fest, daß eine Enteignung nur gegen angemessene Entschädigung stattfinden kann. Vom Kommunismus kann keine Rede sein. Natürlich dürfen in die Selbstverwaltungskörper nicht Maulhelden gewählt werden, sondern tüchtige, sachverständige Menschen. Es wird sich auch hier das Christliche erweisen: Wenn Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand. Selbst wenn man Bedenken haben sollte, so ist die Frage so, daß man sagen muß, die Gesetze müssen dennoch geschaffen werden.

Abg. Dr. Loh (U. Sp.): Vielleicht wird ein künftiger Geschichtsschreiber dieses Gesetz eine Vergeltung nennen, aber die sozialistische Absicht hat sich, wenn sie bestanden hat, nicht in die sozialistische Tat umsetzen können. Alles, was an Sozialisierungsmaßnahmen vorgeschlagen wird, wird nicht nützen, wenn es nicht auf einer demokratischen Grundlage aufgebaut wird. Die Räte Demokratie auf wirtschaftlichem Gebiet wird kommen, dagegen mag man sich sperren, wie man will, sie ist unausrottable in das Bewußtsein der Menschen übergegangen. (Beifall bei den U. Sp.)

Abg. Braun-Münchberg (Soz.): Durch den Krieg ist die deutsche Wirtschaft zusammengebrochen. Die Reiche müssen auch die Unternehmer bezahlen. Die Arbeiter haben genug Opfer gebracht. Es hat genug Industriekapitane gegeben, die

aus dem Arbeiterstand aufgestiegen sind, aber bei dem heutigen Kapitalismus ist das nicht mehr möglich. Die Arbeiter müssen Anteil an dem Gedeihen der Unternehmungen erhalten, damit sie wieder Freude am Wirken haben. Auch wir betrachten diesen Gesetzentwurf lediglich als ein Rahmengesetz, und wir hätten ihn gern anders gehabt.

Abg. Dr. Beder-Hessen (D. Sp.): Die Unabhängigen haben zweifellos die Spartakisten in Schutz genommen. Wir sehen in den Spartakisten schwere Verbrecher, die entsprechend zu behandeln sind. Was hätte der Abg. Seidemann wohl früher im alten Reichstag gesagt, wenn die Regierung so oberflächlich gearbeitet hätte, und wenn das Gesetz nun wirklich Ruhe und Ordnung bringen würde! Wir glauben nicht daran. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Traub (Dnl.): Wir stehen am Endpunkt der deutschen Volkswirtschaft.

Wenn das Sozialisierungsgesetz angenommen wird, es würde zu einer Verschärfung der Friedensbedingungen führen. Den Sprung vom Sozialismus zum Kommunismus machen wir nicht mit. (Sehr richtig! rechts.) Rußland hat uns die Folgen kommunistischer Wirtschaftsexperimente gezeigt. Man hört schon alles mögliche von kommenden Gesetzen, die den Bauern, den Bäckern, den Schneidern und den ganzen Handel sehr nahe angehen. Warum belastet sich der junge Staat mit der schweren Verantwortung für die ganze künftige Gestaltung unserer Wirtschaft?

Reichswirtschaftsminister Wiffel: In unserer Zeit hat kein Privatunternehmen noch einen Anspruch, Privatverdienste zu machen, sobald das Wohl der Allgemeinheit fordert, daß es in ihren Besitz übergeführt wird. Die Regierung hält die Verpflichtung, ungeschämt an die Durchführung des ihr mit Annahme des Gesetzes gewordenen Auftrages heranzugehen.

Nach § 4 wird die Ausnutzung von Steinkohle, Braunkohle, Preßholz, Koks, Wasserkraften und sonstigen natürlichen Energiequellen nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt.

Abg. Schiele (Dnl.): Soll unter Brennstoffen auch der Torf eingeschlossen sein? (Widerspruch bei der Mehrheit.) Beziehen sich die Bestimmungen über „Wasserkraft“ auch auf kleine Wassermühlen? Sollen auch die im eigenen Betrieb erzeugten Energien wirtschaftlich geregelt werden? Eine riesige Verteuerung der betroffenen Produkte wird entstehen. Die Landwirtschaft wird

unter den hohen Preisen leiden. Wir verlangen, daß ausdrücklich Grund und Boden von dem Gesetz ausgenommen werden. Redner beginnt unter wachsender Unruhe mit einem Rückblick von den Zeiten Dostojewskis an und wendet sich zum Schluß gegen die Äußerungen des Reichsministers Schmidt gegen den Bund der Landwirte. Er wird wiederholt zur Sache gerufen.

Zu § 5, der bestimmt, daß das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft tritt, begründet Abg. Kraut (Deutschnat.) einen Antrag, das Inkrafttreten für die besetzten Gebiete während der Dauer der Besetzung auszusetzen.

Abg. Augenberg (Deutschnat.) begründet einen Antrag, dem Gesetz die Ueberschrift: „Gemeinwirtschaftsgesetz“ zu geben. Wir setzen mit diesem Gesetz in das offene Meer des Kommunismus hinein. Da ist es nur ebrlich, diesen Kurs auch im Namen zum Ausdruck zu bringen.

## Bedingungen für Deutschland.

Militärisch machtlos.

Aus Paris wird gemeldet: Ueber die Beschränkung der militärischen Macht Deutschlands wird aus

den bereits bekanntgegebenen Maßnahmen noch folgende des gemeldet: Die Armee darf keine Kanonen von größerem Kaliber als 15 Zentimeter haben. Es werden Vorsichtsmaßnahmen getroffen, betreffend die Militärschulen, und die Aufhebung der Schützen- und Turnvereine verlangt. Die Erzeugung von Stütz- und Landminen und die Kontrolle darüber wird mehreren Kommissionen und Unterkommissionen übertragen. Weiterhin darf Deutschland keine Kriegsstärke haben und nur 15 000 Matrosen besitzen, sowie eine Flottenflotte. Die Vorräte an Material und Munition, die diesen Rahmen überschreiten, müssen vernichtet und dürfen nicht durch Neuerzeugung ersetzt werden.

Die Frage der deutschen Rabel wurde von einer Sonderkommission auf Amerikas Wunsch behandelt, da Amerika hieran interessiert ist. Die zwei wichtigsten Rabelverbindungen New York-Enden via Azoren werden sofort nach Kriegsausbruch von England abgeschnitten, obwohl die Rechte zweier Neutralen, Amerika dieser Unterbindung des Rabels fraglich ist, tritt Amerika und Portugal dabei mit. Da das Recht vika für Rabelleitung ein, weil Amerika andererseits von England nicht völlig abhängig sein will.

Die Kommission für Häfen und Wasserwege behandelte die Rheinfrage. Sie erkannte die Ansprüche der Schweiz auf Neuregelung an. Da Frankreich durch den Zubau von Elbehochbrücken gleichfalls ein Unrechtsstaat wäre, soll wahrscheinlich der Rhein etwa wie die untere Donau internationalisiert werden.

### Die allgemeine Abrüstung.

Nachdem die liberale Presse Englands in den letzten Tagen ihrer Erwartung Ausdruck gegeben hat, daß nach der vollendeten Abrüstung Deutschlands auch alle Nationen der Welt abrüsten werden, tritt auch jetzt die konservative Presse Londons diesem Standpunkt bei. Selbst Ober Kingdon, der militärische Mitarbeiter der konservativen „Morning Post“, spricht sich für das freiwillige System aus und drückt seine Enttäuschung darüber aus, daß es Lloyd George nicht sofort gelungen sei, die Allierten einschließlich Amerikas zu überzeugen, daß die Dienstpflicht allgemein abgeschafft werden müsse.

Nach diesem Mißerfolg hat Lloyd George diesen Problem offenbar anders angefaßt und den Rat der Großmächte bezogen, seine Forderung zu bewilligen, daß die Dienstpflicht nur in Deutschland abgeschafft werden müsse. Allein, wenn dies durch allgemeine Uebereinstimmung erzielt werden könne, so begimme man sich doch dem Gedanken der allgemeinen Abrüstung zu nähern. Wenn Deutschland dem Bänderbund beitrete, müßten alle Rechte und Pflichten der Bundesmitglieder gleich sein, und man könne Deutschland nicht eine Verpflichtung auferlegen, deren sich die anderen Mitglieder des Bänderbundes nicht unterwerfen.

## Politische Rundschau.

Der Rücktritt des Stettiner Oberpräsidenten.

Dem Oberpräsidenten Dr. Michaelis in Stettin vom Minister des Innern mitgeteilt worden, daß die preussische Regierung zum 1. April eine andere Besetzung des Oberpräsidentens in Stettin eintreten lassen wollte. Daraufhin hat der Oberpräsident Dr. Michaelis sein Abschiedsgesuch zum genannten Zeitpunkt eingereicht.

### Klärung in München.

Die bürgerlichen Parteien haben zu den Forderungen des Rätekongresses ihre Zustimmung gegeben, selbstverständlich unter grundsätzlichen Vorbehalten. Es wurde vor allen Dingen gefordert: Wiederherstellung der Pressefreiheit, die inzwischen schon erfolgte, Entlassung der Weissen und die Garantie für die Sicherheit des Landtages. In der Personensfrage ist bei den Verhandlungen der an der Bildung des Ministeriums beteiligten sozialistischen Parteien und dem Aktionsausschuß des Rätekongresses eine völlige Uebereinstimmung erzielt worden. Das Ministerium für militärische Angelegenheiten übernimmt die Mehrheitssozialdemokrat Schneckenhof, der bekanntlich die Truppen des 3. Armeekorps Nürnberg gegen eine eventuelle Räteiktatur in München gesammelt hatte.

### Der Thronverzicht des Kronprinzen von Bayern.

Der Münchener Arbeitererrat hatte kürzlich verlangt, daß der ehemalige Kronprinz Rupprecht von Bayern in aller Form abdanken müsse. Das Ministerium des Innern hat dem Vorschlag des Münchener Arbeitererrats nunmehr eine Mitteilung überantwortet. Darin heißt es: Der Minister hat von Ihrem Schreiben betr. Verzichtleistung des ehemaligen Kronprinzen auf die Krone Kenntnis genommen, ist aber der Anschauung, daß kein Grund vorliegt, dem Antrage stattzugeben.

### Die Wiedereinführung der Sommerzeit.

Im Reichsamt des Innern werden zurzeit Beratungen über die Wiedereinführung der Sommerzeit geführt. Die Sommerzeit soll im Laufe des Monats April wieder eingeführt werden.

### Beendigung des Streits im Ruhrrevier.

Die Belegkassen der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ und der Beiden „Reumühl“ und „Court“ sind in der Frühlicht wieder vollständig angefahren, so daß die Streikbewegung im Ruhrkohlengebiet vorläufig als beendet anzusehen ist.

## Der Großstadtidee

Es ist seit einigen Jahrzehnten immer das Wort „Großstadt“ in der Presse wiederholt worden. Freilich hält selbst ein Mann wie Debor die Großstadt für ein Uebel, und er will dabei in dem Zukunftsstaat, so wie er sich in seiner unabhängigen Gemäße denkt, die Industrie auf dem verpflanzen, und nach dem Plane des alten Theophas das Morus die Menschen halb mit Industrie und halb mit Landwirtschaft beschäftigen. In diesen Tagen ist es aus Berlin klar geworden, daß die „Großstadt“ der „fortgeschrittenen“ Welt das „City“-System der Geschäftsinnenstadt mit umliegenden Wohn

...setze große Gefahren hat. Was wir in den Tagen der ausgebliebenen Straßenbahnen- und Omnibus- und Staatsbahnen und Omnibusgesellschaften erlebt haben, hat die letzten Freunde der Großstadt befehrt. Ein großer Teil der Berliner „mühte“ sich, weil die Entfernung von der Wohnung zur Arbeitsstätte viel zu groß war, um zu Fuß abgelegt zu werden. Berlin hat vom Tempelfeld im Süden bis zu den ersten noch un bebauten Flächen im Norden eine Entfernung von 27 Stunden. Von Osten nach Westen ist die Weg noch viel weiter, er wird da aber durch den sparten unterbrochen. Also schon innerhalb dieses „Schlittens“ ist der Verkehr zwischen Wohnung und Arbeitsstätte beim Fehlen der Verkehrsmittel wie jetzt fast unmöglich. Rings um Berlin liegen aber noch große Vororte, zum Teil mit mehreren Hunderttausend Menschen, die alle in Berlin ihre Wirtschaftsgrundlage haben. Am guten Willen der wenigen Elektrizitätsarbeiter liegt es also ab, ob alle diese „Bordriller“ zur Arbeit gelangen oder nicht. Bisher hatten die maßgebenden Instanzen sich dieser Deute zu sichern gewußt, aber nehmen sich die paar Elektrizitätsarbeiter Freiheit, einfach der ganzen Stadt vorzuschreiben, ob sie arbeiten dürfen oder nicht. Das ist derart gefährliche Möglichkeit, daß man mit dem Interesse auf die Sicherungen warten wird, die sozialistische Regierung demgegenüber zu schuldig ist. Heute schafft sich in Berlin alles, was in die Betriebe hat, Akkumulatoren an. Ungezählte werden jetzt dafür hinausgeworfen, und das nur für den Fall einer Möglichkeit, als Abwehr einer ständigen Drohung, die sich aus einem Fehlen jeglichen Pflichtbewußtseins einer Gruppe von Arbeitern ergibt.

**Der Straßenbahnverkehr wieder aufgenommen.**  
Mittwoch morgen ist der Straßenbahn- und Omnibusverkehr in Berlin wieder aufgenommen worden. Nicht nur es nicht möglich, alle Strecken voll mit Menschen zu besetzen, doch bedeutet auch der Teilverkehr schon eine erhebliche Erleichterung des vollkommen ins Stoden geratenen Geschäftsverkehrs. Mit der Wiederaufnahme des Dienstes bei der Berliner Straßenbahn wird auch der Postdienst sich wieder regelmäßig gestalten, da es bis jetzt unmöglich war, die auf den Bahnhöfen laden Palette und Briefsendungen zur rechten Zeit die Postämter zu bringen.

**Abbruch des mitteldeutschen Streiks.**  
Da in Gotha die von der Regierung ent sandten Arbeiter ihre militärischen Aufgaben durchgeführt haben, ist mit ihrem Abtransport begonnen worden. Gotha ist ein großer Teil der Waffen von der Arbeiter abgenommen worden. Die Umstellung der Arbeitergruppen macht gute Fortschritte. Der Streik ist beendet.  
In Erfurt verlangen die Arbeiter Bezahlung der letzten Tage. Es herrscht eine unheimliche Kohlennot. Straßen sind abends nur kurze Zeit beleuchtet. Straßenbahnverkehr ist wesentlich beschränkt. Doch ist auch der Verkehr in dieser Beziehung nur für zwei Tage verbürgt. Einige Holzwerke sind zur Abholzung und Verbrennung freigegeben. Die kriechende Bevölkerung ist damit nicht bedingt und es ist wegen der Abholzung geradezu kleinen Kämpfen gekommen.

### Amerikanisches Entgegenkommen.

Am Anschluß an die Mitteilung, daß die amerikanische Regierung neuerdings großes Entgegenkommen gegen unsere Kriegsgefangenen zeige und ihnen allem bezüglich des Postverkehrs größere Erleichterungen zubillige, können nunmehr Einzelheiten der Regelung mitgeteilt werden.  
In der diesbezüglichen, der deutschen Wehrmachtskommission überreichten amerikanischen Note ist es, daß angesichts der gegenwärtigen Lage in dem Bestreben, der natürlichen Besorgnis Angehörigen von Kriegsgefangenen abzuhelfen, folgenden Erleichterungen der bestehenden Vorschriften mit sofortiger Wirkung gewährt werden:  
1) Keine Beschränkung mehr in der Anzahl der Briefe und Postkarten.  
2) Es ist jede Art von Schreibpapier, Umschlag und Postkarten erlaubt.  
3) Die Kriegsgefangenen können die Namen der Erbringungsorte und die Art ihrer Beschäftigung mitteilen.  
4) Alle anderen Beschränkungen bleiben wie bisher in Kraft.  
(Dieser Punkt bezieht sich auf Bäckersendungen, Briefe, Verkehr mit der Schutzmacht usw.)

### Der Verkauf von Diebesgut.

Ministerpräsident Scheidemann hat in der Nationalversammlung, gewissermaßen sich bei den abhängigen wegen des Vorgehens der Regierungshandlungen in Berlin zu entschuldigen, geäußert: „Es ist keine berechtigte politische Bewegung mehr, wenn Alexanderplatz das geplünderte Diebesgut am Tag auf der Straße verkauft wird.“  
Da hat Scheidemann ohne Zweifel recht. Aber ist ihm und der gesamten Regierung das erst jetzt? Dies Treiben geht doch in Berlin schon seit Monaten seinen Gang, seit die Revolution ihr „Recht“ eingeführt hat. Ganze Stadtteile der Hauptstadt, so die Gegend an der Neuen Schönhauser- und Waisenstraße genießen seit vielen Wochen den öffentlichen Ruf, die Wägen für das Diebesgut zu sein, das während der Revolutionstage und nachher in der durch die Revolution eingetragenen Unordnung massenweise aus militärischen Depots oder von

...Wagen Warenlagern geraubt und gestohlen worden ist. Und auch an anderen Stellen in Berlin, an den Bahnhöfen, auch belebten Plätzen, wie am Potsdamer Platz, Halleschen Tor usw. werden Tag aus Tag ein in riesigen Mengen Waren aller Art, Genußmittel usw. auf offener Straße verkauft, die sonst nicht zu haben sind. Ueber den Ursprung dieser Waren laska doch wohl kein Zweifel bestehen. Einmal wurde ja auch angekündigt, dieses Jahrmarktstreiben solle nicht mehr gebildet, es solle den Herren Spießbuden nur noch eine kurze Frist gewährt werden, um ihre Revolutionsgewinne in Sicherheit zu bringen. Nach wenigen Tagen aber war der Unflug ärger als zuvor. Auch auf diesem Gebiete war die Macht der Straße größer als die der Revolutionsbehörden.

**Welche Mengen von Militärutensilien**  
allein in Berlin unter der Hand verschoben werden, davon belehrt einen jeden der Augenschein auf Schritt und Tritt. Allenthalben sieht man Männer, Frauen, Mädchen und Kinder neu in Feldgrün oder Feldgrün eingekleidet, ganze Familien, Vater, Mutter und Kinder, tragen Röcke, Hosen, Jacken, Mantel aus Stoffen, die zweifellos in Heeresdepots gelagert haben. Während der anständigen, ehrliche Bürger nicht weiß, wie er sich das Notwendigste an Kleidungsstücken und Schuhwerk beschaffen soll, wird so das Diebesgut ohne jede Scheu zur Schau getragen.

### Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

der Weimarer Besprechungen.  
In der konstituierenden österreichischen Nationalversammlung gab der Staatssekretär für Neuheres Dr. Bauer eingehende Erklärungen über seine Besprechungen in Weimar und in Berlin. Die Unterredungen, die er mit dem reichsdeutschen Reichspräsidenten, mit den Mitgliedern der deutschen Reichsregierung sowie mit Parlamentariern aller Parteien hatte, befestigten ihn in der Ueberzeugung, daß das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Partei über den Anschluß mit Oesterreich völlig einig sei.

Wir können und sollen zum Reiche nicht anders kommen als durch unseren eigenen freien und vom Reiche völlig unbeeinflussten Entschluß. Aber wenn wir diesen Entschluß fassen, sind wir der vollen Ueberzeugung, daß wir in Deutschland aufgenommen werden mit offenen Armen, willkommen heißen werden mit brüderlicher Festnung und daß wir im Reiche volles Verständnis finden für die geschichtliche Eigenart Deutsch-Oesterreichs, volles Verständnis dafür, daß wir unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse innerhalb des Reiches voll befriedigen können. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.) Die von uns der deutschen Regierung gemachten Vorschläge über die Durchführung der Verhandlungen über den wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Zusammenschluß wurden ohne jede Aenderung angenommen.

Es ist in Aussicht genommen, daß eine Reihe von paritätisch zusammengesetzten Kommissionen in der nächsten Zeit zusammentreten sollen. Sie sollen zum Teil in Wien, zum Teil in Berlin, aber auch in München und Leipzig tagen. Eine dieser Kommissionen wird sich zunächst mit den rechtlichen Fragen, mit den Fragen der Rechtsausgleichung beschäftigen. Eine zweite Kommission wird die Unterrichtsfrage behandeln; eine dritte Kommission wird sich mit der Uebernahme der österreichischen Beamten in den deutschen Reichsdienst zu beschäftigen haben, eine weitere Kommission mit sozialpolitischen Fragen.

### Ueber die Verteuerung der Wohnbauten

wurden unlängst auf dem Verbandstage der Bauwissenschaftlichen von Bessen-Rassau und Süddeutschland recht bemerkenswerte Angaben gemacht. Danach dürfte der Kubikmeter umbauten Raumes künftig 35 Mark (statt 16 Mark im Frieden) kosten. Da die gesamten Hauswerte Deutschlands auf ca. 100 Milliarden Mark geschätzt sind, kann man berechnen, um wieviel die alten Hauswerte steigen werden. Um 250 000 Kleinwohnungen zu bauen, sind erforderlich:

1. 5 1/2 Milliarden Ziegel,
2. 1 Milliarde Dachsteine,
3. 300 000 Tonnen Zement,
4. 2 1/2 Millionen Kubikmeter Mörtel und etwa
5. 1 1/2 Millionen Kubikmeter Holz.

Der Kubikmeter Mauerwerk, der früher 22 bis 24 Mark kostete, kostet jetzt 66 Mark. Der Preis für Zimmerarbeiten, für welche man in Friedenszeiten 54 Mark für den Kubikmeter zahlte, ist jetzt auf 165 bis 170 Mark gestiegen. Bei den Verbandsblöcken für Dacharbeiten betrug der Preis früher 50 Mark, jetzt 145 Mark.

Das sind Preise, die festliegen. Bei dem Mangel an Rohstoffen, den schwierigen Transportverhältnissen und den steigenden Löhnen wird daher das Bauen von Häusern nach dem Krieg recht langsam vor sich gehen. Ein Häuschen von früher 40 000 Mark wird künftig 100 000 Mark kosten.

### Aus Stadt und Land.

„Auf der Eisenbahn totgefahren.“ Aus der Abendung von Schönberg nach Radebeul fuhr, kam die älteste Tochter des Stationsaufsehers Schwieler auf der Station den Wagen zu nahe, wurde zu Boden geworfen und überfahren. Sie war sofort tot.

„Die Unwissenheit auf dem Lande.“ Bei dem Dandworf Adam Helfrich in Althelmstedt wurde ein gewalttätiger Einbruch verübt. Der Besitzer, einer der be-

...güterten Häusern der Gegend, wurde erschossen und ausgeraubt. Die aus 15 Personen bestehende Einbrecherbande raubte alles bare Geld, Kriegsanleihepapiere, eine große Menge Fleischwaren, insbesondere größere und kleinere Schinken und vieles andere.

„Sou Einbrecher ermordet.“ Von Einbrechern wurde in Orenstadt der 45jährige Sohn des Gastwirts Kaiser durch Stiche in die Brust und in den Rücken schwer verletzt, daß er kurz darauf verstarb. Es gelang, die Einbrecher in Gestalt eines gewissen Schnelle und eines erst 16jährigen Komplizen festzunehmen. Der Mord ist von Schnelle mit einem Marinefädel verübt worden. Auch 30 Einbrüche hatte Schnelle zusammen mit noch 6 Spartakisten in der Gegend von Orenstadt ausgeführt. Der Mörder und seine Helfershelfer wurden in das Peterhagens Gefängnis gebracht, aus dem es dem Nordgesellen jedoch wieder gelang, auszubrechen.

„Zurück Großfeuer wurde der Rahnbohrische Getreidespeicher vernichtet, der ein Sammelbehälter der Reichsgetreidestelle war. In demselben waren an Vorräten aufgespeichert: 70 000 Zentner Getreide, über 3000 Zentner Mehl und fast 4000 Zentner Futtermittel (Kartoffellocken und Rübenschnitzel), die alle den Flammen zum Opfer fielen. Da der Speicher in der Hauptsache aus Holz gebaut war, griff das Feuer mit rasender Geschwindigkeit um sich.

„Eisenbahners Sterben.“ Der Schaffner Rüd aus Debisfelde ist auf dem Bahnhof Fellersleben tödlich verunglückt. Rüd geriet beim Zusammenstoß von zwei Wagen zwischen die Räder, die ihn in die Tiefe eingedrückt.

„Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich auf dem Bahnhof in Sinsin. Der Köln-Hamburger D-Zug wurde durch eine schadhafte Weiche, die sich während der Fahrt umlegte, in zwei Teile getrennt. Ein auf dem Nebengleis in der gleichen Richtung fahrender Güterzug fuhr auf die mittleren D-Zugwagen auf. Zwei Wagen des D-Zuges stürzten um und wurden zertrümmert. Von den Insassen des D-Zuges wurden 10 schwer verletzt. Einer von ihnen, ein entlassener Soldat aus Thüringen, starb gleich darauf. Unter den Verunglückten befindet sich auch der bekannte Berliner Vortragskünstler Blaut.

— In Deutschland wurden die Lokomotiven, deren Fehlen uns jetzt so einschlägige Schäden zuzügelt, bisher 30—35 Jahre alt. Im Kriege haben sie wegen der mangelnden Reparatur und anderer Unterhaltungsarbeiten meistens derart Schaden gestitten, daß ihre Lebensdauer um ein sehr bedeutendes herabgesetzt wurde.

„Beim Ringkampf getötet.“ Im Westfälischen Metropol-Theater wurde der Ringkämpfer Gustav Erisen von seinem Gegner Fritz Bellingrath beim Ringen in der Hitze des Kampfes von der Bühne in den Orchesterraum geworfen, wobei ein Wundstich seinen sofortigen Tod herbeiführte.

„Mordmord.“ Die schrecklich verstümmelte Leiche des Hofschararbeiters West aus Solingen wurde in den Grafenberger Waldungen aufgefunden. West ist um 3000 Mark geraubt worden.

„Ententehisse im Westerwald.“ In den von Amerikanern besetzten Ortschaften im Westerwald wurden Kantinen eingerichtet, aus denen auch die notleidende Bevölkerung ihren Bedarf decken kann. Die Preise der einzelnen Waren sind verhältnismäßig gering. So kostet u. a. ein Pfund Blockschokolade 3,50 Mark, Reis 1,40 Mark, Kaffee 4,70 Mark. Eine Zigarette ist für 2 bis 4 Pfg. zu haben.

„3 Wagen Sprengstoff explodiert.“ Das Sprengstofflager, das etwa einen Kilometer von Edmanndorf entfernt liegt und in dem etwa 1000 Zentner Sprengstoff untergebracht gewesen sein sollen, ging aus noch unbekannter Ursache in die Luft. Eine Person wurde getötet, 30 schwer verwundet. Drei Wagon Sprengstoff sind bei der Explosion in die Luft geflogen. Der angerichtete Schaden wird auf 1 1/2 bis 2 Millionen Mark geschätzt. An den Folgen der Explosion ist eine ältere Frau gestorben. Man nimmt an, daß ein Wachtposten beim Scheiterschleßen in die Munitionshütte geschossen hat.

„Eine Pumphaktion für Studenten.“ Die Wilhelm-Universität in Münster i. W. begründete eine richtiggehende Pumphaktion für Studenten. Die Einrichtung ist nicht als Rettungsanker für jeden in geistlichen Schwülstigkeiten stehenden Bruder Studio gedacht, sondern sie wurde aus der Not der Zeit heraus geboren und gewährt den Studierenden, die in den vom Feinde besetzten Gebieten beheimatet sind, mit ihren Angehörigen aber keine Verbindung herstellen können, Darlehen zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes.

„Mordmord.“ Auf dem Gutshof Althelmstedt bei Wimbach in Böhmen wurde der Landwirt Adam Helfrich ermordet. Eine aus etwa 15 Personen bestehende Bande war auf den Hof gekommen, angeblich um Lebensmittel einzukaufen. Adam Helfrich erklärte, nichts abgeben zu können, wurde er erschossen. Die Gesellschaft raubte dann bares Geld, Kriegsanleihe, Fleisch- und Wurstwaren und ergriff die Flucht. Drei von ihnen konnten bei Althelmstedt von Volkwehremännern verhaftet werden.

„4 Jugend von heute.“ Ein sechzehnjähriger Lehmann, der mit seiner fünfzehnjährigen „Braut“ in wenigen Wochen 14 000 Mark verjubelt hatte, stand dieser Tage in der Person des Handlungsgehilfen Erich Barz vor dem Jugendgerichtshof. Der junge Mensch war bei einer hiesigen Firma beschäftigt und benutzte eines Tages eine sich ihm bietende günstige Gelegenheit, widerrechtlich 14 000 Mark von der Bank abzuheben. Mit dem Geld mietete er seine „Braut“, ein damals vierzehnjähriges Mädchen, ein, kaufte ihr Schmuckstücke und u. a. auch ein Klavier für 2400 Mark. Der Rest des Geldes wurde in allen möglichen Tanzdielen und Bars an den Mann gebracht. — Das Gericht verurteilte den sechzehnjährigen Lehmann zu sechs Monaten Gefängnis.

